

**Beiträge
zur Diskussion**

Bombenkrieg und Klassenkampf

Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte



**Dezember 2008
Gruppe Arbeiterpolitik
2,00 EUR**



Das sind die Städte, wo wir unser »Heil!«
Den Weltzerstörern einst entgegenrührten.
Und unsre Städte sind auch nur ein Teil
Von all den Städten, welche wir zerstörten.

aus: Bertolt Brecht, Kriegsfiabel, 1955,
Eulenspiegel Verlag, Berlin

Umschlag, im Hintergrund:
das brennende Braunschweig
am 15. Oktober 1944.

Im Vordergrund: Churchill,
Roosevelt und Stalin auf der
Konferenz von Yalta, Februar 1945

GFSA

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. · Alle Zuschriften nur an diese Adresse: »GFSA e.V. · Postfach 106426 D-20043 Hamburg · Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Bombenkrieg und Klassenkampf

Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte

Warum dieses Thema? Warum jetzt?

Der Zweite Weltkrieg liegt über sechzig Jahre zurück. Über sechzig Jahre ist es her, dass die deutschen Faschisten ihre innenpolitischen Gegner, Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten in Lager sperren, quälten und umbrachten. Dem Terror nach innen, gegen Juden, Roma, Sinti, Homosexuelle, Behinderte, »Asoziale« folgte der Terror nach außen. Der größte Teil Europas wurde mit Krieg überzogen, der Krieg durch Polen gegen die Sowjetunion als Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt. Zu diesem Krieg ist sehr viel geschrieben und gesagt worden.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges und die damaligen Kräfteverhältnisse haben die Weltordnung bis 1990, bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, entscheidend geprägt. Aber auch die Art und Weise, wie die Geschichte von Faschismus, Terror und Krieg nach 1945 in der Bevölkerung aufgearbeitet bzw. verdrängt wurde, prägen die innenpolitische Debatte in Deutschland bis heute. Bis heute bleiben bestimmte Aspekte umstritten bzw. ungeklärt. Wir wollen nur einige davon nennen: Die Ursachen von Faschismus und Krieg und wie man sie beseitigen kann. Die alliierte Kriegsführung bis zur bedingungslosen Kapitulation und zur vollständigen Besetzung Deutschlands. Widerstand oder Kollektivschuld. Die behauptete »Stunde Null« nach dem Krieg und die Entnazifizierung.

Wir befassen uns im Folgenden mit **einem** Aspekt des Zweiten Weltkriegs, der im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung besonders tiefe Spuren hinterlassen hat: Der Bombenkrieg gegen die deutschen Städte, gegen die Zivilbevölkerung und damit verbunden die Frage: **War der Bomben-Krieg gegen die deutschen Städte, ihre Wohngebiete, notwendig, um den Krieg gegen Nazideutschland abzukürzen?**

Auch nach 1945 wurde diese Art der Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung vielfach eingesetzt: In Korea, Nordvietnam, dem Irak. Eine besondere Bedeutung gewinnt diese Frage, seit die Bundesrepublik sich selber wieder an Bombenkriegen wie 1999 gegen Jugoslawien oder aktuell in Afghanistan beteiligt und dies auch noch mit Verweis auf die Verbrechen Nazideutschlands geschieht. Wir erinnern daran, wie 1999 der damalige grüne Außenminister Fischer den NATO-Angriff auf Jugoslawien unter Beteiligung der Bundeswehr mit dem Schlagwort rechtfertigte: *»Nie wieder Auschwitz!«* Eine offene, an den historischen Fakten orientierte Debatte findet kaum statt, da die Diskutanten das Thema für aktuelle Zwecke zu benutzen versuchen. Zum Beispiel äußerte sich im Herbst 2007 der ehemalige Vizeaußenminister der USA, Richard Armitage, zu den Schwierigkeiten der USA im Irak: *»Offensichtlich haben wir die Iraker nicht genug schockiert. Anders als Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg war der Irak nicht ausreichend traumatisiert.«* (Zitiert von Naomi Klein in einem Interview; FR 5.11.2007) Hier haben wir über 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Äußerung eines Politikers, der die verheerenden Luftangriffe auf Deutschland und Japan als Vorbild für heute begreift.

Um den Bombenkrieg verstehen zu können, wollen wir untersuchen, **welche Interessen die verschiedenen Klassen in den beteiligten Staaten hatten** und welche Mittel sie zur Durchsetzung ihrer Interessen wählten. Daraus ergibt sich auch die verschiedene Verantwortung, die sie, je nach Klassenstandpunkt, für die Ereignisse hatten.

Zur aktuellen Diskussion

Im Jahre 2007 sind in Deutschland zwei Bücher zum Bombenkrieg gegen die deutschen Städte erschienen, deren Autoren unabhängig voneinander zur selben Schlussfolgerung gelangen. Sowohl der britische Philosoph A.C. Grayling in seinem Buch »Die toten Städte« als auch der deutsche Historiker Lothar Fritze in »Die Moral des Bombenterrors« (2007) kommen zu dem Urteil, es habe sich bei den Flächenbombardements der deutschen Städte insbesondere durch die britische Royal Air Force (RAF) um ein Kriegsverbrechen gehandelt. Sie gehen dabei von völkerrechtlichen und moralischen Fragestellungen aus, überprüfen die Argumente, die für den Bombenkrieg angeführt werden, und stellen dann fest, dass keines einer kritischen Überprüfung standhält.

Dass ein deutscher Autor zu diesem Ergebnis gelangt, ist weder überraschend noch besonders neu, da vor ihm schon andere (z.B. spricht Jörg Friedrich in dem Buch »Der Brand«, erschienen 2003, vom »*Bombenholocaust*«) in diesem Sinne den Bombenkrieg bewertet haben. Auch ist bekannt, dass diese These von Alt- und Neonazis vertreten wird, um damit von den Verbrechen der Nazi-Organisationen und der deutschen Wehrmacht zwischen 1933 und 1945 abzulenken.

Insofern ist das Buch von Grayling wichtig, da er als britischer Autor (sowie als anerkannter und bekannter bürgerlicher Philosophieprofessor) sich vornehmlich mit den britischen Historikern auseinandersetzt, die den Bombenkrieg rechtfertigen. Deswegen kann er unbefangener an das Thema herangehen als ein deutscher Autor, der sich immer damit auseinandersetzen muss, ob er mit seinen Argumenten den Rechten in die Hände arbeitet. Grayling grenzt sich in seinem Vorwort klar gegen rechte Vorstellungen ab, um dann mit seiner historischen und moralischen Untersuchung zu beginnen.

Grayling ist selbst nicht Historiker, er fördert keine neuen historischen Erkenntnisse zutage, sondern sichtet die vorhandene (angelsächsische) Literatur und überprüft sie von einem moralphilosophischen Standpunkt. Dabei trennt er in seiner Untersuchung den Bombenkrieg der RAF gegen die deutschen Städte einerseits und den der amerikanischen Luftwaffe (US Air Force, USAF) gegen die japanischen Städte andererseits von dem Bombenkrieg der USAF in den Jahren 1942 bis 1944 gegen Deutschland. Im letzteren erkennt er als Hauptziel und Motiv die Zerstörung von Rüstungs- und Industrieanlagen, während er im Bombenkrieg der RAF gegen die deutschen und der USAF gegen die japanischen Städte als Hauptziel die Vernichtung von Wohngebieten und die Tötung von Zivilisten sieht. Diese Trennung ist nicht Graylings Erfindung, sondern wird in

der historischen Literatur so oder ähnlich von den meisten Autoren durchgeführt.

Auch wir halten diese Trennung für sinnvoll und sprechen, wenn wir vom Bombenkrieg gegen die deutschen Städte sprechen, vom Flächenbombardement gegen Wohngebiete, wie es vor allem von der RAF betrieben wurde.

Grayling kommt zu seinem moralischen »Urteil« des Kriegsverbrechens, wie er es selbst nennt, indem er den Maßstab des »gerechten Krieges« anlegt und von da aus das Flächenbombardement als »unnötig und unverhältnismäßig« bezeichnet. (Lothar Fritze geht im Übrigen ähnlich vor und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.)

Auch nach diesen beiden Veröffentlichungen wird die Diskussion weitergehen, denn die Maßstäbe, die Grayling und Fritze an die Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg (Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit) anlegen, können natürlich auch an die aktuellen Kriege angelegt werden, was den heutigen Befürwortern des Bombenkriegs sicher nicht passen wird. Schließlich und endlich ist die materielle und strategische Ausgestaltung der heutigen Luftstreitkräfte auf den Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen.

Offene Fragen

Was Grayling und Fritze und die meisten anderen Autoren, die sich mit dem Bombenkrieg beschäftigen, feststellen, ist, dass das Flächenbombardement gegen die deutschen Städte offensichtlich nutzlos war, was seine Auswirkungen auf den Kriegsverlauf betrifft. Es wurden

- die militärischen Handlungen der Wehrmacht,
- die Rüstungsindustrie,
- das Industriepotential des deutschen Reichs,
- dessen Fähigkeit, Soldaten zu rekrutieren,
- die Moral der Zivilbevölkerung

nicht entscheidend beeinträchtigt. Grayling gelangt sogar zu der Aussage, dass ein effektiverer Einsatz der RAF den Krieg in Europa um etliche Monate hätte verkürzen können. Er zieht die Schlussfolgerung, dass die britische Führung während des Zweiten Weltkriegs in Europa und die amerikanische gegen Japan im völkerrechtlichen, im moralischen und **ganz entscheidend im militärischen Sinne** falsch gehandelt hätten.

Natürlich fragt er sich, wie das kommen konnte. Bei der Durchsicht des historischen Materials stößt er auf die überragende Rolle der britischen Luftwaffenführung, insbesondere von Admiral Harris, der ab Februar 1942 das Kommando über die britische Bomberflotte übertragen bekam. Er kommt – wie andere Historiker auch – zu dem Ergebnis, dass der Fanatismus von Harris entscheidend dafür gewesen sei, dass das Flächenbombardement gegen die deutschen Städte von der RAF in dieser Art stattgefunden habe. Harris sei von der absoluten Überzeugung durchdrungen gewesen, er könne mit der Bomberwaffe gegen die Zivilbevölkerung den Krieg mehr oder weniger allein gewinnen. Er habe sich mit dieser Ansicht letztlich sogar gegen besseres Wissen anderer militärischer oder ziviler Strategen durchgesetzt. Er habe einen solchen Einfluss besessen, dass er sogar Befehle nur unzureichend ausführen oder sogar ignorieren konnte.

Häufig wird auch noch Charles Portal genannt, Harris' direkter Vorgesetzter als Befehlshaber der RAF zur damaligen Zeit, der von einem ähnlichen Glauben an die Möglichkeiten des Flächenbombardements gegen Wohngebiete beseelt gewesen sei. Aber da Harris direkten Zugang zu Churchill, dem britischen Premierminister während des Zweiten Weltkriegs, gehabt habe und deren Kontakt die längste Zeit sehr intensiv (Harris besprach sich zeitweise täglich mit Churchill in dessen Haus) gewesen sei, sei eben

Harris die entscheidende Person für die Durchführung des Bombenkrieges seitens der RAF gewesen.

Konnte es möglich sein, dass eine oder zwei Personen, mochten sie auch noch so fanatisch sein, in der Lage waren, eine derart zentrale Rolle zu spielen, dass sogar zentrale strategische Interessen des eigenen Landes wie z.B. ein schnellerer Sieg über das Deutsche Reich missachtet wurden?

Natürlich wird Geschichte von Menschen gemacht und militärische Entscheidungen werden von Personen getroffen, die sich irren können. Trotzdem ist es nicht plausibel, dass ein Mann wie Harris nicht nur ein paar Monate, sondern mehr als drei Jahre eine Strategie trotz zum Teil katastrophaler eigener Verluste an Menschen und Material und trotz offensichtlicher militärischer Wirkungslosigkeit, wie aus vielen Auswertungen der Bombenangriffe hervorging, fortführen konnte und das lediglich als Kommandeur einer militärischen Teilstreitkraft.

Was darüber hinaus ins Auge springt, ist die Tatsache, dass Harris einen überaus engen Kontakt mit Churchill pflegte, dass also das Flächenbombardement mit Churchill und damit dem engsten Kreis der britischen Führung, dem so genannten »War Cabinet« (Kriegskabinett), abgesprochen war. Man müsste also, wenn man Grayling und anderen folgt, annehmen, dass nicht nur Harris, sondern die britische Kriegsführung mit Churchill an der Spitze einen Kriegskurs gegen Deutschland einschlugen, der nicht nur völkerrechtlich, moralisch und militärisch fraglich war, sondern sogar die vitalen Interessen des britischen Reichs vernachlässigte.

Das ist aber alles andere als überzeugend. Nach Lektüre von Grayling, Fritze und der historischen Literatur bleibt das Flächenbombardement gegen die deutschen Städte zwar nicht ohne Bewertung, aber ohne Erklärung. Tatsächlich fällt auf, dass – bis auf wenige Ausnahmen, z.B. Olaf Gröhler in »*Bombenkrieg gegen Deutschland*« – weder Grayling noch Boog¹⁾, um zwei Beispiele zu nennen, auf für den Zweiten Weltkrieg entscheidende historische Zusammenhänge eingehen. Es wird zwar das Kriegsgeschehen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in Betracht gezogen, aber eine Untersuchung der Kriegskonstellation selber und deren Einbeziehung in den Kriegsverlauf finden nicht statt. Dass z.B. die **Sowjetunion und Großbritannien ab 1941 zwar Kriegverbündete waren, gleichwohl aufgrund ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen Todfeinde blieben**, wird nicht reflektiert. Die Gesellschaftsordnung der einzelnen Krieg führenden Nationen, also hier imperialistische Staaten auf kapitalistischer Grundlage: Großbritannien, USA, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, dort die sozialistische Sowjetunion, spielen keine wesentliche Rolle bei der Betrachtung des Kriegsverlaufs.

Wir halten die Einbeziehung dieser Zusammenhänge aber für entscheidend, da wir meinen, dass die materiellen Interessen eines Staates sich in kriegerischen Konflikten zeigen und auch letztlich durchsetzen und dass die einzelnen Akteure und ihre Entscheidungen vor diesem Hintergrund gesehen werden müssen.

Wir wagen die These, dass unter Berücksichtigung der grundlegenden Kräftekonstellation im Zweiten Weltkrieg das Flächenbombardement gegen die deutschen Städte doch erklärbar wird und nicht »unnötig« erscheint, wie Grayling meint. Allerdings untersuchen wir den Bombenkrieg weder vom völkerrechtlichen noch vom moralischen noch vom rein militärischen Standpunkt aus – hier ist Grayling

1) Horst Boog, der führende deutsche Historiker über den alliierten Bombenkrieg vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (in »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg«, Band 6 und 7)

nichts hinzuzufügen –, sondern vom Standpunkt der materiellen Interessen der beteiligten Staaten.

Deshalb im Folgenden einige Bemerkungen dazu, bevor wir wieder auf den Bombenkrieg zu sprechen kommen.

Der Zweite Weltkrieg – ein »gemischter Krieg«

Die Kräftekonstellation im Zweiten Weltkrieg war durch die Tatsache gekennzeichnet, dass sich – z.B. im Unterschied zum Ersten Weltkrieg – keine Bündnisse aus kapitalistisch-imperialistischen Staaten gegenüber standen, die sich um die Aufteilung der Welt stritten. Vielmehr standen sich auf der einen Seite kapitalistisch-imperialistische Staaten mit faschistischer (Deutschland, Italien) bzw. monarchistisch-militaristischer (Japan) Staatsordnung und auf der anderen Seite kapitalistisch-imperialistische Staaten mit bürgerlich demokratischer Staatsform und die sozialistische Sowjetunion gegenüber. Die so genannte Anti-Hitler-Koalition bestand also aus Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, die sich prinzipiell gegenseitig ausschließen, also aus Staaten, die vom Grundsatz her Todfeinde waren. Mehr noch: Die gemeinsame gesellschaftliche Grundlage (kapitalistisch-imperialistisch) der Kriegsgegner Deutschland, Italien und Japan auf der einen Seite, Großbritannien, Frankreich, USA auf der anderen Seite machte sie objektiv zu potentiellen Verbündeten gegen den gemeinsamen Klassengegner Sowjetunion.

Da es trotz diesem Klassengegensatz zur »Anti-Hitler-Koalition« kam, sprechen wir von einem »gemischtem Krieg« und meinen damit das Bündnis von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Bürgerliche Klassenherrschaft, Arbeiterbewegung und Faschismus

Es fällt vor allem jungen Menschen heute schwer, sich die politischen Verhältnisse im Europa zwischen den Weltkriegen vorzustellen, da eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die im Begriff wäre, die Herrschaft des Kapitals in Frage zu stellen, heute in weiter Ferne scheint.

Genau dies war jedoch in der Zwischenkriegszeit in fast allen Ländern Europas dieser Zeit gegeben. Es gab in allen Ländern starke Arbeiterbewegungen und auch die reformistischen Teile dieser Bewegung hatten ein ausgeprägtes Bewusstsein ihrer Klassenzugehörigkeit und fast alle hatten – zumindest dem Namen nach – als Ziel den Sozialismus. Die Geister in den europäischen Arbeiterparteien schieden sich besonders an der Sowjetunion, deren schwierige Ausgangsbedingungen und daraus folgenden äußerst brutalen Maßnahmen viele mittel- und westeuropäische Arbeiter abstießen. Gleichwohl verbanden viele Arbeiter Hoffnungen und auch Illusionen mit der Existenz des ersten sozialistischen Staates.

Die bürgerlichen Klassen in Europa fühlten sich durch die Arbeiterbewegungen in ihren Ländern und durch die Existenz der Sowjetunion tödlich bedroht. Gegen diese Be-

drohung mobilisierten in fast allen europäischen Ländern faschistische Massenbewegungen; zusammengesetzt aus Deklassierten aller Klassen und darum scheinbar über den Klassen und über dem Klassenwiderspruch stehend.²⁾

Das erste Land, in dem die Faschisten an die Macht gelangten, war Italien. Nach dem »Marsch auf Rom« 1922 zeigte sich hier erstmals der Klassencharakter des Faschismus, indem alle Arbeiterorganisationen zerschlagen, klassenbewusste Arbeiter verhaftet, gefoltert und ermordet wurden.

Nachdem in Deutschland Anfang der zwanziger Jahre mehrere Versuche eines reaktionären bzw. faschistischen Staatsstreichs abgewehrt wurden, hatten die »Nationalsozialisten« auch hier 1933 Erfolg. Die Weltwirtschaftskrise, die Massenarbeitslosigkeit hatten Not und Elend über die Arbeiterschaft und große Teile des Kleinbürgertums gebracht. In dieser Situation versagten die beiden großen Arbeiterparteien, dem Faschismus gemeinsam entgegenzutreten: Eine SPD-Führung, die aus Angst vor der Revolution nicht kämpfen wollte, eine KPD-Führung, die nicht kämpfen konnte, weil sie mit ihren radikalen Phrasen sich von entscheidenden Teilen der Arbeiterschaft isoliert hatte, machten den Weg frei für die faschistische Diktatur. Die soziale Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen war zu einer fatalen politischen Spaltung geworden, indem die SPD mehr die Arbeitenden und die KPD mehr die Arbeitslosen organisierte.

»Staaten haben keine Moral, Staaten haben Interessen« (Churchill)

»Um die sozialistische Revolution (nach dem Ersten Weltkrieg) niederzukämpfen, halfen die alliierten Staaten, die Militärkaste und den Kern der Reichswehr aufrecht zu erhalten. Hitlers großzügige Aufrüstung war nicht im geringsten heimlich. Sie ging öffentlich oder fast öffentlich vor sich. Sie wurde zugelassen oder gar gefördert in der Absicht, die SU von der mächtigen Hitlerarmee niederschlagen zu lassen. Gleichzeitig war es der Plan des englischen Imperialismus, dass das militärisch wiedererstandene Deutschland ein Gegengewicht gegen den französischen Imperialismus sein sollte. Es waren also zwei Hauptursachen, die den deutschen Imperialismus mit Erlaubnis oder gar Hilfe der Siegermächte auf die Beine brachten, nämlich:

- 1. der Kampf gegen die sozialistische Revolution: in Deutschland, um ihren Sieg zu verhindern – in Russland, um die siegreiche Revolution niederzukämpfen,*
- 2. Die imperialistische Rivalität untereinander.«*

(A. Thalheimer, S. 16)

Dass die Westmächte Großbritannien, Frankreich und die USA zunächst nichts gegen die Übernahme der Regierung durch die Nazis im Deutschen Reich einzuwenden hatten, ist relativ bekannt und muss hier nicht länger ausgeführt werden. Einige Stichworte mögen genügen.

Französische wie britische und amerikanische Regierungspolitiker und Unternehmervertreter beobachteten in den 30er Jahren mit großer Sympathie, wie in Deutschland die Arbeiterbewegung zerschlagen und die unumschränkte Unternehmerherrschaft in den Betrieben wieder hergestellt wurde. Äußerungen dazu gibt es zuhauf.

Der Bruch des Versailler Abkommens durch die deutsche Aufrüstung, die Militarisierung des Rheinlandes usw. wurden in Kauf genommen, obwohl es ein Leichtes gewesen wäre, gegen das anfänglich schwach gerüstete Deutsche Reich militärisch vorzugehen.

Der »Ritt auf dem Tiger«

Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die bürgerliche Klasse in den kapitalistischen Staaten darauf hoffte, dass

2) Diese Erscheinung beschreibt Lion Feuchtwanger in seinem Roman: »Die Brüder Lautensack«, der in der Zeit von 1931 bis 1933 spielt: »(Der großindustrielle) Kadereit hat ein Abkommen mit den Nazis getroffen. Er hat sich entschlossen, auf die Partei zu setzen, er unterstützt sie finanziell, er hat gewisse leitende Persönlichkeiten an seinen Unternehmungen interessiert, er wird einen großen Teil dieser Unternehmungen auf Rüstung umstellen. Das ist gewagt; denn wenn die Partei nicht bald an die Macht kommt, wenn nicht bald, allen internationalen Verträgen zuwider, gerüstet wird, dann bedeuten solche Umstellungen große Verluste. (...) Heute abend wird er also die Herren der Partei bei sich sehen. Es sind keine ‚Herren‘. Es sind auch nicht eigentlich ‚Proleten‘, wie Ilse sie manchmal zu nennen pflegt. Es sind einfach ein Haufe von Glücksrittern, Habenichtsen; Landsknechte, die er und andere Unternehmer sich mieten, um sie auszuspielen gegen die immer frecher werdenden Arbeiter und Bauern. Dass man sich diese Privatarmee hält, auch das ist ein Risiko; denn wie wird man, wenn man der Arbeiter Herr geworden ist, die Banditen wieder los? Aber man ist mit vielen Wassern gewaschen, man wird schon einen Dreh finden.« (ATV, Berlin 1991, S. 97)

das Deutsche Reich seinen Angriff auf die Sowjetunion richten würde, den gemeinsamen Todfeind. Der britische Premierminister Chamberlain nannte seine Politik gegenüber dem Deutschen Reich einen »Ritt auf dem Tiger«, wobei er diesen Tiger gen Osten zu lenken gedachte (die Nazis hatten ja auch nie einen Hehl daraus gemacht, »Lebensraum im Osten« erobern zu wollen).

Den Höhepunkt dieses »Ritts« bildete bekanntlich das »Münchener Abkommen« 1938³⁾, in dem Großbritannien und Frankreich die mit ihnen verbündete Tschechoslowakei dem deutschen »Tiger« zum Fraß vorwarfen, um im Chamberlainschen Bild zu bleiben. Die Tschechoslowakei lag ja zwischen Deutschland und der SU.

Diese mit dem Schlagwort »Appeasement« (»Zufriedenstellen«) bezeichnete Politik war also keineswegs aus pazifistischen Motiven gespeist⁴⁾, sondern war eiskaltes Kalkül: Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Krieg zerfleischen, die Sowjetunion sollte dabei zugrunde gehen und mit den Deutschen würde man dann schon fertig werden.⁵⁾

Der Hitler-Stalin-Pakt

Historisch wurde die »Appeasement-Politik« dadurch beendet, dass die SU mit dem Hitler-Stalin-Pakt sich etwas Zeit verschaffte und das Deutsche Reich nach Polen zuerst Westeuropa überfiel und England angriff, bevor es sich gegen die Sowjetunion wendete.

Die Appeasement-Politik gegenüber Nazideutschland wurde praktiziert, obwohl die innere Terrorpolitik der Nazis – nicht nur gegen die Arbeiterbewegung, sondern auch gegen den jüdischen Teil der Bevölkerung – weltweit bekannt war. Nach der Eroberung Polens und den dort von den Nazis durchgeführten Massenmorden erfolgte auch keine militärische Reaktion, obwohl diese in London und Washington bekannt waren.⁶⁾ Großbritannien erklärte Deutschland zwar den Krieg, weil man durch Bündnisvereinbarungen mit Polen dazu verpflichtet war, unternahm aber nichts (in Polen bis heute ein nationales Trauma). Die herrschenden Klassen der Westmächte begegneten dem deutschen Faschismus nicht moralisch, sondern aufgrund ihrer Klasseninteressen.

Prinzipiell änderte sich diese Haltung auch nach dem Überfall Nazideutschlands auf Frankreich nicht. Während sich die französische Bourgeoisie zum größten Teil den Nazis ergab und mit ihnen kollaborierte (die Angst vor der eigenen Arbeiterklasse und die Sicherung des französischen Kolonialreiches waren ihr wichtiger als den Deutschen einen verlustreichen Krieg zu liefern), setzte sich die britische Regierung unter Churchill aktiv gegen das Nazivorhaben, England zu besiegen, zur Wehr; man war nicht zur Kapitulation bereit, sondern verteidigte in der »Schlacht um England« 1940/41 das eigene Land – und sein Kolonialreich.

22. Juni 1941: Überfall auf die Sowjetunion

Mit diesem Angriff begann Nazideutschland den schon lange geplanten Krieg mit dem Ziel, sich mit der Vernichtung der Sowjetunion und des Großteils ihrer Bevölkerung nach Osten auszudehnen und dem deutschen Kapital neuen »Lebensraum« zu schaffen.

Für Großbritannien änderte sich damit die strategische Lage entscheidend.

Zum einen war das eingetreten, was man lange Zeit erhofft hatte: Endlich wendete sich der deutsche »Tiger« gegen die Sowjetunion, gegen den staatlich organisierten Klassengegner der britischen herrschenden Klasse und damit ihren Todfeind.⁷⁾

Der Kampf Großbritanniens ums eigene Überleben war entscheidend erleichtert, die »Schlacht um England« fürs erste gewonnen. Die Sowjetunion war – obwohl Todfeind – zum zwischenzeitlichen Bündnispartner geworden. Es entstand die »Anti-Hitler-Koalition« aus den kapitalistischen Mächten Großbritannien und USA einerseits und der sozialistischen Macht Sowjetunion andererseits.

Noch war aber der Krieg nicht gewonnen; der deutsche U-Boot-Krieg gegen den alliierten Nachschub über den Atlantik war noch im vollen Gange, das Deutsche Reich befand sich an allen Fronten in der Offensive, die Entscheidungsschlachten waren noch nicht geschlagen.

Weil die Sowjetunion als Staat mit nichtkapitalistischem Gesellschaftssystem zum Bündnispartner geworden war, ging es nun darum: Wie musste der Krieg geführt werden, damit das Maximale für die britischen Interessen herausgeholt werden konnte? Zwar lag es durchaus im britischen Interesse, dass die Sowjetunion den Krieg gegen Nazideutschland lange und hartnäckig führen konnte; aber es lag nicht im britischen Interesse, dass die Sowjetunion gestärkt und mit größerem weltpolitischem Einfluss als vorher aus dem Krieg herausgehen würde. Man war zwar verbündet, aber trotzdem ging der Kampf der beiden Weltssysteme unterhalb der offiziellen Bündnisebene weiter.

Wie konnte Großbritannien den Kriegsverlauf also so beeinflussen, dass am Ende mit möglichst wenig Opfern das Maximum für die britischen Interessen herauszuholen sein würde?

3) Am 29. September 1938 unterzeichneten die Premierminister von Großbritannien (Arthur Neville Chamberlain) und Frankreich (Édouard Daladier) unter Vermittlung Mussolinis in München das »Münchener Abkommen« mit Hitler, in dem sie der Abtretung jener Gebiete der Tschechoslowakei, die vorwiegend von Sudetendeutschen bewohnt waren, an das Deutsche Reich und des Teschener Landes an Polen zustimmten.

4) Von amerikanischer und britischer Seite wird heute behauptet, die »Appeasement-Politik« sei pazifistisch gewesen, diesen Fehler dürfe man nicht wiederholen; mit dieser »Schlussfolgerung« werden heutzutage Kriege gegen angebliche, aber vor allem missliebige Diktaturen wie Jugoslawien und Irak gerechtfertigt. Missliebige, weil sie sich nicht der Politik des Westens unterwerfen wollten.

5) Vergleiche dazu die Broschüre »Weiße Flecken«, insbes. dort S. 48 f.

6) Der 1940 in Hollywood produzierte Film »Sein oder Nichtsein«, von Ernst Lubitsch gedreht, spricht z. B. offen von dem Naziterror in Polen.

7) Damit bekam der Kriegsgegner Deutschland ganz versteckt eine positive Seite, was während des Zweiten Weltkriegs zwar nie offen zu Tage trat, aber latent vorhanden war. Der gescheiterte Versuch des deutschen Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess, mit seiner Landung in England im Jahre 1941 einen Separatfrieden mit Großbritannien auszuloten, sowie die Vorstellungen, die vielen deutschen Militärs gegen Kriegsende im Kopf herum spukten, die Briten würden sich mit den Deutschen verbünden und gemeinsam gegen die Sowjetunion marschieren, hatten durchaus einen rationalen Kern in den Überlegungen von Teilen des britischen Militärs. (siehe Kasten S. 19) Nicht zuletzt hatten auch die Erfahrungen, die die Nazis bis 1940 mit den Westmächten gemacht hatten, zu diesen Vorstellungen beigetragen.

Offen zum Ausbruch kam der Systemgegensatz erst wieder nach Abschluss des Zweiten Weltkriegs mit der Eröffnung des »Kalten Krieges« 1947 seitens Großbritanniens, was zur Aufnahme Westdeutschlands in den Kreis der Westalliierten und zu seiner Wiederaufrüstung führte.



TOTE BEI LUFTANGRIFFEN	
Hamburg	42 000
Dresden	35 000 – 40 000*
Berlin	49 000
Köln	20 000
Pforzheim	20 000
Magdeburg	15 000
Kassel	13 000
Darmstadt	12 300
Heilbronn	7 500
München	6 300

*Ortliche Schätzungen kommen auf bis zu 200 000 Tote, da beim Angriff eine große Zahl von Flüchtlingen und Soldaten in der Stadt war und viele Opfer spontan verbrannt sind.



Exkurs: Die Weltmachtinteressen Großbritanniens

Großbritannien war bis Ende des Zweiten Weltkriegs noch Weltmacht, die sich vor allem auf das riesige britische Kolonialreich stützte. Deshalb war der Erhalt dieses Kolonialreichs, des »Empire«, der Kern der britischen Politik vor und während des Zweiten Weltkriegs. Alle politischen und strategischen Entscheidungen ordneten sich diesem Ziel unter. Der Konflikt mit dem Deutschen Reich war im Vergleich dazu zweitrangig, es durfte nur nicht zu stark werden und das Empire selbst bedrohen. Großbritannien tolerierte deshalb die faschistische Aufrüstungspolitik in den dreißiger Jahren, weil ein Krieg in Europa die britischen Positionen in Übersee geschwächt hätte; immerhin gab es mehr oder weniger in allen Kolonien Unruhen, Aufstände (z.B. Irak) und Unabhängigkeitsbewegungen (Gandhi in Indien), die es zu kontrollieren und zu bekämpfen galt.

8) Die »Politik der offenen Tür« ist handelspolitisch zu verstehen: Die großen Kolonialreiche, vor allem Englands und Frankreichs, bildeten eng mit der Kolonialmacht verbundene, geschlossene Wirtschaftsböcke, die den USA nicht zugänglich waren. Deshalb propagierten diese zum damaligen Zeitpunkt den offenen Handel, also die »offene Tür«.

Als einziger halbwegs verlässlicher Bündnispartner bei der Aufgabe: Erhaltung des Kolonialreichs fungierte Frankreich, dessen Interessen ähnlich gelagert waren.

Die Gefahr kam jedoch nicht nur aus den Kolonien selbst, sondern zum einen aus der Sowjetunion, die erklärt hatte, die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen seien gerecht und unterstützenswert; zum anderen, und das wird häufig übersehen, aus den USA. Die USA waren im Ersten Weltkrieg zur Weltmacht aufgestiegen und hatten an dessen Ende (18.1.1918) in den »14 Punkten« des damaligen Präsidenten Wilson die »Politik der offenen Tür«⁸⁾ proklamiert. Diese »Politik der Offenen Tür« war eindeutig gegen die damaligen Kolonialreiche gerichtet, deren »geschlossene Türen« den wachsenden imperialen Interessen der USA den Zutritt zu einem großen Teil des Weltmarkts versperren.

Die USA erklärten sich anlässlich ihres Eintritts in den Ersten Weltkrieg 1917 zum Bündnispartner aller »nach Freiheit« strebenden Völker und Nationen. In der Folgezeit und auch im Zweiten Weltkrieg taten deshalb die USA nichts, um den Briten oder Franzosen zu helfen, ihre Kolonialreiche zu sichern. Sie verfolgten im Gegenteil nicht ohne

Wohlwollen, wie z.B. Japan in den dreißiger und vierziger Jahren die französischen, britischen und niederländischen Kolonien angriff und besetzte, und erklärten ihre »Neutralität«. Der tiefere Sinn dieser »Neutralität« lag darin, dass – nachdem Japan die europäischen Kolonialmächte aus deren Kolonien verdrängt hatte – nach einer späteren Niederlage Japans die alten Kolonialmächte nicht wieder zurückkommen und stattdessen die USA dort ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchsetzen könnten.

Für Großbritannien ging es – abgesehen von der Verteidigung der britischen Inseln selbst – immer vor allem anderen um die Erhaltung seines Kolonialreichs. In einer Direktive vom 28.4.1941 z.B. schrieb Churchill: »Der Verlust von Ägypten und dem Nahen Osten wäre ein Desaster der ersten Ordnung, nur übertroffen von einer erfolgreichen Invasion und endgültigen Eroberung [Großbritanniens] (...) Das Leben und die Ehre Großbritanniens hängt von einer erfolgreichen Verteidigung Ägyptens ab.« (National Archives, CAB 120/10, 28.4.1941)

Der britische Krieg fand bis 1944 (sieht man von der »Luftschlacht um England« 1940/41 und vom Bombenkrieg gegen die deutschen Städte ab) hauptsächlich in Nordafrika gegen die deutschen Invasionstruppen und im Mittelmeer (Italien, Kreta) zur Sicherung Ägyptens und des Seeweges nach Indien und in Asien gegen Japan statt. Hier wurden die britischen Bodentruppen eingesetzt, die gebraucht werden, wenn man ein Land erobern, befreien oder besetzen will.

Trotz Anti-Hitler-Koalition: Der Systemgegensatz bleibt erhalten

Was war mit Europa und dem Deutschen Reich? Aufschlussreich ist hier ein Gespräch in Moskau zwischen Stalin und dem sowjetischen Außenminister Molotow auf der einen und dem britischen Botschafter Eden auf der anderen Seite Ende 1941.

Die militärische Lage zu diesem Zeitpunkt: Die deutsche Armee hatte den europäischen Teil der Sowjetunion zum größten Teil erobert, sie stand vor Moskau und Leningrad, die sowjetischen Truppen hatten ungeheure Verluste erlitten, militärisch stand die SU also mit dem Rücken zur Wand. Der deutsche »Tiger« saß der Sowjetunion an der Kehle. Interessant ist das Gesprächsthema: Die Nachkriegsordnung in Europa! Man war sich also Ende 1941 über den Ausgang des Krieges noch völlig im Unklaren, redete aber schon darüber, wie man nach einem erhofften Sieg miteinander umzugehen gedachte.

Das drückte aus: Die kapitalistischen Staaten und die Sowjetunion waren zwar im Bündnis, trauten sich aber gegenseitig nicht über den Weg. Bevor die eine Seite Zusage machte, wollte sie von der anderen Seite Absicherungen für die Zukunft. Die Sowjetunion war zu diesem Zeitpunkt aufgrund ihrer militärischen Zwangslage und materiellen Schwäche zu fast jeder Vereinbarung bereit und wollte nur ihre Westgrenze (es ging insbesondere um Polen und damit um die so genannte Curzon-Linie, die 1918 mit dem Ende des Ersten Weltkriegs als Waffenstillstandslinie festgelegt worden und nach dem Hitler-Stalin-Pakt von der SU wieder eingenommen worden war) gewahrt wissen. Großbritannien hielt Gespräche zu diesem Zeitpunkt bezeichnenderweise für verfrüht und wollte sich auf nichts einlassen.⁹⁾

Für diesen Zeitraum ist festzustellen, dass Großbritannien keinerlei Interesse zeigte, sich mit der Sowjetunion auf irgendwelche konkreten Vereinbarungen hinsichtlich einer künftigen Friedensordnung in Europa und der Stellung der SU darin festzulegen. So, wie die Lage zu dem damaligen Zeitpunkt war, entsprach sie durchaus bri-

tischem Interesse. Deutschland und die SU befanden sich in einem furchtbaren Krieg gegeneinander, die Sowjetunion war zurück gedrängt, aber nicht besiegt, für Großbritannien war die eigene Position relativ komfortabel. Trotzdem hatte man im Herbst 1941 in Großbritannien durchaus auch die Befürchtung, die SU könnte von den Nazis schnell besiegt werden, zu schnell aus britischer Sicht. Dies führte dazu, dass militärische Hilfslieferungen an die SU begonnen wurden – mit dem ausdrücklichen Hinweis der britischen Führung, dass »Russland« – nicht die sozialistische »Sowjetunion«! – Hilfe benötige, um weiter kämpfen zu können.

Das zweite wichtige Gesprächsthema zwischen Stalin, Molotow und Eden betraf einen weiteren Gegenstand: Die Sowjetunion brauchte militärisch dringend Hilfe, und die sollte nicht nur aus Hilfslieferungen bestehen, sondern daraus, dass Großbritannien im Westen eine zweite Front gegen das Nazireich eröffnete. Damit wäre Nazideutschland gezwungen, einen Teil seiner zum damaligen Zeitpunkt gewaltigen Militärmacht von der Sowjetunion abzuziehen und gegen den Angreifer im Westen einzusetzen. Diese zweite Front zu eröffnen bedeutete, dass Großbritannien in Frankreich eine Invasion durchführen müsste.

Den Wunsch der Sowjetunion nach einer zweiten Front im Westen gab es also seit 1941, als die SU die Nazis an der Kehle hatte. Tatsächlich wurde sie aber erst im Juni 1944 errichtet, als die Rote Armee bereits die polnische Grenze erreicht hatte und auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin war.

Der dringende Hilferuf der Sowjetunion nach Errichtung einer zweiten Front, einer Invasion in Frankreich, war ab 1941 ständiges Gesprächsthema in der Anti-Hitler-Koalition. Sie wurde aber für 1942 und auch für 1943 abgelehnt. Die Geschichte um die Errichtung einer zweiten Front im Westen bzw. deren Verhinderung durch vor allem die britische Politik und Diplomatie wird eindrücklich in dem Buch von Valentin Falin (u.a. sowjetischer Botschafter in Bonn von 1971 bis 1978) »Zweite Front« geschildert (München 1995).

Eine zweite Front im Westen?

Eine zweite Front im Westen lag für das imperialistische Großbritannien zum damaligen Zeitpunkt nicht im strategischen Interesse. Allen Beteiligten war zwar klar, dass es irgendwann zu einer Invasion kommen musste, denn um ein Land zu besiegen und dessen Regime zu zerschlagen (wozu man entschlossen war), bedarf es des Angriffs und

9) Später, zur Zeit der Konferenzen in Teheran 1944 und Jalta 1945, als sich Roosevelt, Stalin und Churchill über die Nachkriegsordnung unterhielten, hatte sich die militärische Lage zugunsten der SU verändert und die SU machte deshalb immer weniger Zugeständnisse. 1941 hätten die Briten alles bekommen können, ein kapitalistisches Mitteleuropa bis an die Grenzen der Sowjetunion; sie wollten aber nicht, weil sie noch mehr wollten.

Später kam dann die Propagandalüge auf, die seit Beginn des Kalten Krieges bis heute als geschichtliche Wahrheit verkauft wird: Dass die Sowjetunion Ostmitteleuropa erobert hätte, weil sie die Welt erobern wollte – und nicht, weil sie das faschistische Deutschland aus eigenem Überlebensinteresse besiegen musste. Zuletzt tat dies der amerikanische Präsident Bush am 7.5.2005 in Riga, als er anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren zu dem Abkommen von Jalta vortrug: »Bush äußerte sich im Blick zurück auch kritisch über die damalige Politik Amerikas und Großbritanniens. Im Abkommen mit Stalin in Jalta habe das Streben nach Stabilität die Freiheit verdrängt: Wenn große Mächte verhandelten, litt oft kleine Länder. Die »Gefangennahme: von Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa bleibe als einer der großen Fehler der Geschichte in Erinnerung, sagte Bush.« (FAZ, 9.5.2005)

10) Vgl. dazu z.B.: E. Thomas Wood und Stanislaw M. Jankowski: Jan Karski – Einer gegen den Holocaust. Als Kurier in geheimer Mission. Vorwort von Elie Wiesel, Bleicher Verlag 1997. Karski schildert, wie er verzweifelt versuchte, in England und den USA seine Berichte über den Holocaust an entscheidende Stellen weiterzugeben.

11) Vgl. dazu z.B. den Betriebsrätekongress in Großbritannien am 19.10. 1941, geschildert in: Lew Besymenski, Zähmung des Taifuns. Moskau, Berlin 1981. S.189

der Eroberung durch die Bodentruppen. Aber 1942 wäre die Invasion »verfrüht« gewesen, denn man wollte der Sowjetunion zwar helfen, aber sie nicht entscheidend stärken. Den britischen Interessen genügte es vollauf, wenn die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges mit dem faschistischen Deutschland zu tragen hatte. Moralische Bedenken, dass man infolge des »zurückhaltenden« Engagements die Massenmorde und Gräueltaten Nazideutschlands nicht verhindern konnte, spielten hierbei überhaupt keine Rolle.¹⁰⁾

Andererseits durfte Großbritannien auch nicht untätig bleiben. Das ging einmal nicht wegen der Sowjetunion, die dringend Entlastung verlangte und die man nicht einfach brüskieren konnte, wenn man glaubwürdiger Bündnispartner bleiben wollte.

Zum anderen ging das auch nicht der eigenen Bevölkerung und dem eigenen Militär gegenüber. Es wäre unmöglich gewesen, nach den Angriffen der deutschen Luftwaffe auf die britischen Städte gegen das Deutsche Reich nichts zu unternehmen und die Sowjetunion sozusagen im Regen stehen zu lassen. Natürlich wusste einerseits die Bevölkerung in den von den Nazis besetzten Ländern und den Ländern der Westalliierten, welche ungeheure Entlastung der Krieg Nazideutschlands gegen die Sowjetunion für sie bedeutete, und setzte andererseits nun große Hoffnungen darauf, dass die Sowjetunion den Vormarsch Nazideutschlands zum Stoppen bringen und schließlich zu dessen Niederlage beitragen würde.¹¹⁾

Solche Faktoren sind nicht zu unterschätzen. Um Krieg zu führen braucht man immer die Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, denn diese muss schließlich bereit sein, die Opfer zu tragen, die Soldaten müssen einen Sinn darin sehen können, ihr Leben aufs Spiel zu setzen und eventuell zu sterben. Das gilt insbesondere für bürgerlich-demokratisch verfasste Staaten, in denen die an sich zahlenmäßig recht kleine herrschende Klasse gezwungen ist, für ihre Politik in der Bevölkerung zu werben und Bündnispartner zu suchen. Besonders war das in Großbritannien ein Problem. Nach den enormen Menschenverlusten in den Stellungskriegsschlachten des Ersten Weltkriegs war man überzeugt, dass man sich einen ähnlich verlustreichen Waffengang nicht mehr leisten konnte, wenn man nicht Zustände wie in Deutschland 1918 (Novemberrevolution) provozieren wollte.

Man musste also etwas tun. Nur was?

»Was immer du tust, handle klug und bedenke das Ende!« (lateinisches Sprichwort)

Die interne Debatte in Großbritannien um diese Frage fand hauptsächlich in den Jahren 1941 und 1942 statt und die Entscheidung war lange Zeit umstritten. Die Entscheidung zum Flächenbombardement der deutschen Städte als entscheidender Teil der Kriegsführung gegen das deutsche Reich für die Zeit bis zur Invasion bedeutete ja schließlich eine strategische Entscheidung auf mehreren Ebenen: militärisch, rüstungstechnisch, propagandistisch und bündnispolitisch.

Militärisch bedeutete diese Entscheidung zunächst auf die Invasion zu verzichten; statt der Armee der Luftwaffe das Hauptgewicht zu geben und diese entsprechend auszustatten und auszurüsten. Rüstungstechnisch bedeutete sie, die britische Industrie **vorrangig auf die Produktion von Flugzeugen und Bomben** statt von Panzern, Kanonen und Kriegsschiffen auszurichten. Das bedeutete eine Festlegung auf Jahre, da man die Industrie nicht von einem Tag auf den anderen auf ein neues Produktionsziel umstellen kann. Propagandistisch bedeutete sie, die eigene Bevölkerung und die eigenen Soldaten davon zu überzeugen, dass ein Flächenbombardement gegen Städte und deren Zivilbevölkerung

militärisch notwendig und damit moralisch gerechtfertigt sei. Bündnispolitisch bedeutete es, die USA, die anfänglich eine Invasion schon 1942 anvisierte, davon zu überzeugen, dass ein Bombenkrieg sinnvoller und wirkungsvoller sei als eine »verfrüht« Invasion. Es zeigt sich hier eine Interessendifferenz zwischen den beiden imperialistischen Mächten.

Die USA teilten durchaus nicht das Interesse Großbritanniens an dem Erhalt seines Empires, im Gegenteil. Deshalb war es für sie nahe liegend, die Invasion schon 1942 durchzuführen, insbesondere, weil die Sowjetunion im Winter 1941/42 gezeigt hatte, dass sie in der Lage war, die faschistische Bedrohung aufzuhalten. Den USA war überhaupt nicht daran gelegen, dass die Sowjetunion bei einem eventuellen siegreichen Vormarsch gestärkt aus dem Krieg hervorgehen würde. Churchill versuchte alles, um die amerikanische Kriegsführung von einer aus seiner Sicht »verfrühten« Invasion abzuhalten, wobei er alle möglichen, vor allem militärischen, Gründe anführte, aber nicht die tatsächlich entscheidenden. Auch zwischen engen Bündnispartnern wird gelogen. (Vgl. dazu Falin, »Die zweite Front«) Da die USA im Pazifik gleichzeitig den aus ihrer Sicht entscheidenden Krieg gegen Japan führte, gelang es Churchill, die Invasion und die Errichtung einer zweiten Front um zwei Jahre hinauszuschieben.

Flächenbombardements gegen deutsche Städte – »Aggressive Verzögerung der Invasion«

Ende 1941/Anfang 1942 wendete sich der Krieg im Osten. Die Sowjetunion stoppte den Vormarsch der deutschen Wehrmacht vor Moskau und Leningrad und zeigte damit, dass sie in der Lage war den Krieg durchzustehen. Britische Befürchtungen, dass die Sowjetunion schnell zusammenbrechen und damit das Deutsche Reich – ungeheuer erstarkt – sich wieder dem britischen Empire zuwenden würde, waren damit gegenstandslos geworden.

Die militärische Lage nahm entscheidenden Einfluss auf die Debatte um die zweite Front. Diese war nun aus britischer Sicht nicht mehr vordringlich.

Eine wichtige Rolle erhielten jetzt die Überlegungen der britischen Luftwaffenführung, die vortrug, dass mit der Luftwaffe eine Kriegsentscheidung gegen Deutschland herbeigeführt werden könne.

Churchill, »der sich als Wahrer und Bewahrer des britischen Empire betrachtete« (Gröhler, S.26) und der der entscheidende strategische Kopf auf Seiten der Westalliierten war, schreibt dem Luftwaffenchef Portal, als der ihn im Herbst 1941 von den Möglichkeiten, mit Hilfe eines Flächenbombardements Deutschland zu besiegen, überzeugen wollte: »Es ist sehr zweifelhaft, ob Bombardieren alleine ein entscheidender Faktor im jetzigen Krieg sein wird. Im Gegenteil, alles, was wir lernten, seit der Krieg begann, zeigt, dass seine Wirkungen, sowohl physikalisch wie moralisch, stark übertrieben sind. Es gibt keinen Zweifel, dass das britische Volk angeregt und gestärkt wurde durch den Angriff, der bis dahin auf es gemacht wurde [...] Das meiste, was man [zum Bombardieren von Städten] sagen kann, ist, dass es eine schwere und, worauf ich vertraue, eine ernsthaft zunehmende Belästigung sein wird.« (National Archives, CAB 120/300, 27.9.1941)

Also der Mann, der seit 1940 darauf drängt, die Bombenwaffe gegen Deutschland auszubauen, schätzt die Angriffe gegen deutsche Städte bestenfalls als »Ärgernis« für das Deutsche Reich ein! Wenig später warnt er Portal nochmal davor, »unbegrenztes Vertrauen in diese Angriffsart zu setzen, und noch weit mehr, diesem Vertrauen arithmetisch Ausdruck zu geben. [...] Sollten die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten, dann müsste sie [die Bom-

bardierung] 1943 durch gleichzeitige Angriffe gegen gepanzerte Kräfte in vielen der eroberten Länder, die zum Aufstand reif sind, ergänzt werden. Nur auf diesem Wege lässt sich eine Entscheidung mit Sicherheit herbeiführen. **Selbst wenn man alle deutschen Städte zum großen Teil unbewohnbar gemacht hätte, folgt daraus nicht, dass die militärische Kontrolle geschwächt würde oder auch nur die Kriegsindustrie nicht weiter betrieben werden könnte.**« (ebenda, 7.10.1941)

Churchill wusste also sehr genau, dass die Bomberwaffe nicht kriegsentscheidend sein kann und dass es einer Invasion bedurfte, um den Krieg zu gewinnen. Trotzdem stimmte er wenig später dem Befehl zum abschließlichen Flächenbombardement zu.

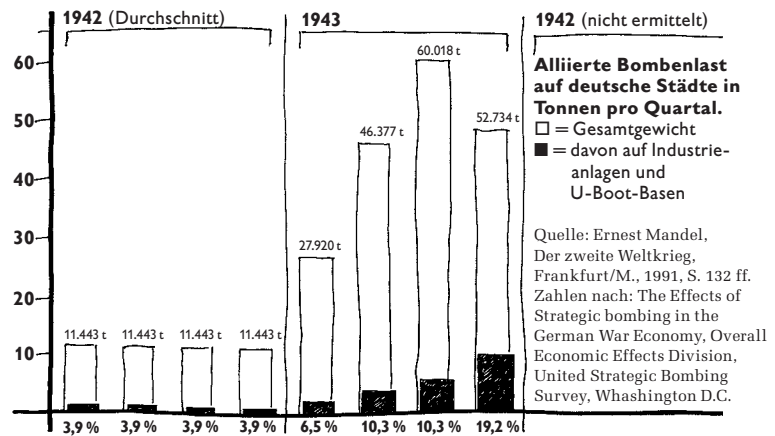
Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Brief eines Churchill-Vertrauten, des damaligen südafrikanischen Premiers Smuts, an Churchill im Oktober 1941. Damit Großbritannien glaubwürdiger Koalitionspartner der Sowjetunion und international angesehen bleiben würde, rät er ihm: »Ich frage mich, ob dies nicht begleitet werden könnte von Bombardierungsoperationen gegen Deutschland, die die Weltmeinung wirksam beeindrucken können. Tägliche Berichte über kleine Luftangriffe gegen viele Ziele lesen sich eher deprimierend, verglichen mit dem kolossalen Konflikt in Rußland. Objekte von militärischer und industrieller Bedeutung auszuwählen und eines nach dem anderen durch konzentrierte Angriffe zu zerstören würde weitaus beeindruckender und wirksamer sein.« (Gröhler, S.27)

Hier ist ein Zusammenhang zur Forderung der Sowjetunion zu erkennen, eine zweite Front zu errichten. Da die Briten eine Invasion zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht wollten, gleichzeitig aber der Sowjetunion ihre Bündnisbereitschaft zeigen und allgemein ihre Kriegsführung gegen Deutschland unter Beweis stellen mussten, bot sich **die Bomberoffensive als Ersatz für die zweite Front an.**

Der britische Luftfahrtminister Sinclair erläuterte diesen Gedanken in einem Schreiben im Februar 1942 an das britische Defence Committee (etwa: Oberster Kriegsrat): »Es wird die Russen ermutigen und unterstützen, wenn wir unsere Offensive in einem derartig großen Umfang wiederaufnehmen, während sie ihre Gegenoffensive gegen die deutschen Armeen so wirksam aufrechterhalten.« (Gröhler, S.34)

Und als zusätzlichen »Hinweis« an den sowjetischen Bündnispartner, dass die Bomberoffensive gegen Deutschland auch militärisch etwas bringe, fügt er hinzu: »Das Zusammenfallen unserer Angriffe mit den russischen Erfolgen wird die deutsche Moral weiter niederdrücken.«

Der britische Historiker Hastings fasst diesen Zusammenhang in seinem Buch »Bomber Command« wie folgt zusammen: »Churchill teilte niemals den Glauben der Flieger, dass die Bomberoffensive die Notwendigkeit einer Landoffensive zur Vernichtung des Gegners überflüssig machen könnte. Aber die Bomber könnten die westlichen Alliierten befähigen, **aggressiv zu verzögern**, während Russland die gewaltigen Schlachten ausfocht, die die Wehrmacht zerbrachen ... Weder den Russen noch den Amerikanern konnte man rundweg sagen, **dass die Briten vorschlugen, in Europa für die nächsten Jahre keinen Krieg zu führen.** Wenn die Bomberoffensive, genährt durch Publizität und verstärkt durch amerikanische Unterstützung, versorgt mit beachtlicher, aber nicht übermäßiger Versorgung mit Flugzeugen, selbst nur eine bescheidene Vernichtungswirkung erzielte, würde dies ein überzeugender Beweis für die Beteiligung Großbritanniens am Kampf sein, mit vertretbaren Kosten an britischen Menschenleben [...] Die strategische Bomberoffensive kann so interpretiert werden als das größte aller Allheilmittel« (Max Hastings, Bomber Command. London 1999, S. 139f. Hervorhebung von uns).



Das Hauptmotiv der Flächenbombardements gegen die deutschen Städte war nicht, die faschistische Diktatur so schnell und effektiv wie möglich zu besiegen, sondern, die Eröffnung der kriegsentscheidenden zweiten Front im Westen hinauszuzögern, um in der Zwischenzeit das Mittelmeer als den entscheidenden Seeweg zu den britischen Kolonien freizukämpfen.

Großbritannien wollte seine Bodentruppen erst in Nordafrika und Italien einsetzen, bevor es zu einer Invasion in Nordfrankreich bereit war. In der Zwischenzeit sollte die RAF das Deutsche Reich bombardieren, damit die SU nicht allein den Kampf ausfechten musste. Dies ist historisch geklärt und belegt. Es bleibt die Frage, warum Großbritannien nun in dieser Phase ab Februar 1942 eine Bomberkriegsstrategie wählte, die für den Kriegsverlauf unerheblich war. Warum wurde, wie Grayling argumentiert, nicht der Weg gewählt, das Deutsche Reich in seiner Kriegsführung durch Bombenangriffe gegen militärisch relevante Ziele zu schwächen? Diese Frage stellt sich auch der oben zitierte Hastings nicht. Denn wenn man »aggressiv verzögern« wollte, hätte man ja trotzdem die deutsche Kriegsindustrie angreifen können. **Warum wurde das nicht getan?**

Wir sind nicht der Meinung Graylings, der Bomberkrieg gegen die deutschen Städte sei deshalb erfolgt, weil die Beteiligten, insbesondere Harris, davon überzeugt gewesen seien, dass das Bombardieren von Städten kriegsentscheidend sei. **Wir behaupten vielmehr, dass die militärische Wirkungslosigkeit des Bomberkriegs gegen die Städte bekannt war – dennoch sollte das Bombardement einen bestimmten Zweck erfüllen.**

Die derzeitige Quellenlage dazu

Wenn wir diese Behauptung aufstellen, begeben wir uns insofern auf dünnes Eis, als dass wir uns auf das Zusammenhängen von Indizien beschränken müssen, aus denen wir dann Schlussfolgerungen ableiten. Es gibt bisher keine Quelle, die belegen würde, dass die britische Führung einen den Kriegsverlauf tatsächlich verkürzenden Bomberkrieg gar nicht wollte, sondern ihr die militärisch sinnlose, wenn auch mörderische Variante des Bombardierens von Wohngebieten ganz recht war. Ob jemals eine solche Quelle auftauchen wird, können wir nicht vorhersagen. Allerdings ist die Tatsache, dass Teile der Protokolle (insbesondere zu den Monaten Dezember 1941, Januar und Februar 1942) des britischen Kriegskabinetts über 60 Jahre nach Kriegsende immer noch geheim sind, selbst schon ein Indiz. Es scheint so zu sein, dass bestimmte Dinge gegenüber der eigenen Bevölkerung, dem damaligen Verbündeten USA und der Weltöffentlichkeit generell nicht ans Tageslicht gelangen sollen.

Die Entscheidung für das Flächenbombardement

Das entscheidende Datum für den Beginn des Flächenbombardements gegen die deutschen Städte ist der 14. Februar



Hamburg-Barmbek nach dem 28. Juli 1943: Vor den Resten des Kaufhauses Karstadt. Die Straße ist nach dem Bombenangriff »Gomorrhä« für den Fortgang des Alltags freigemacht worden. Unter den Trümmern liegen zu diesem Zeitpunkt noch mehrere hundert Tote.

1942. An diesem Tag wurde eine neue Direktive an das Bomberkommando ausgegeben, »seine Kräfte uneingeschränkt (...) einzusetzen (...) Hauptziel der Bombenangriffe sollte ab jetzt der Widerstandswille der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter sein. (...) England schwenkte damit endgültig und auch formal auf die längst geübte Praxis ein, wie sie in der RAF-Doktrin vorbestimmt war, d.h. auf das Flächenbombardement, den unterschiedslosen Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, kurz auf den Terrorbombenkrieg.« (Boog, Bd.6, S.509)

Acht Tage später wurde Harris zum Kommandeur des Bomberkommandos ernannt! Harris wurde geholt, weil er mit seinem Fanatismus und seiner Skrupellosigkeit der geeignete Mann für das Vorhaben war. Er hatte als Offizier bereits in der britischen Kolonialarmee Erfahrung mit der Bombardierung von zivilen Zielen gemacht. Er hatte u.a. im Irak gegen den anticolonialen Widerstand die Technik der »Air Control« (»Luftkontrolle«) entwickelt. Er hatte dazu geschrieben, die Araber und Kurden lernten nun, »dass innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf ausgelöscht und ein Drittel der Bewohner getötet oder verwundet werden kann.« (Kucklick, S. 13)

Splitter ND, 27. 2. 1990

Antisowjetischer Plan Großbritanniens bis 2015 unter Verschluss

London (ADN). Das britische Außenministerium hat nach Angaben des „Independent“ entschieden, daß ein vor 50 Jahren vom Geheimdienst inspirierter Plan zur Destabilisierung der kaukasischen und

asiatischen Sowjetrepubliken weiterhin für die Öffentlichkeit gesperrt bleibt. Wie die Zeitung berichtete, wurde das im Staatsarchiv London liegende Dokument – ein im Oktober 1939 von dem Diplomaten und späteren Minister Fitzroy MacLean ausgearbeitetes Memorandum – wegen seiner politischen Sensibilität mit einer Sperrfrist bis zum Jahre 2015 belegt.

In welcher militärischen und politischen Situation wurde diese Entscheidung getroffen? Wir hatten schon gesagt, dass die Sowjetunion im Winter 1941 den deutschen Vormarsch gestoppt und damit gezeigt hatte, dass mit ihrem schnellen Zusammenbruch nicht mehr zu rechnen war. Seit dem Kriegsbeginn Nazideutschlands gegen die SU war Großbritannien nicht mehr der Hauptgegner der deutschen Wehrmacht und musste nun, nach der militärischen Wende zugunsten der SU, nicht mehr befürchten, wieder zum Angriffsziel des Deutschen Reiches zu werden.

Ein weiteres Ereignis hatte die strategische Lage für Großbritannien entscheidend verbessert: der Kriegseintritt der USA zwei Monate zuvor, im Dezember 1941. Die stärkste Industrienation war auf Seiten Großbritanniens in den Krieg eingetreten, womit ein Sieg über Nazideutschland zwar nicht kurzfristig, aber auf mittlere Sicht sehr wahrscheinlich wurde.

Wie Boog in seinem obigen Zitat andeutet, hatte die Entscheidung im Februar 1942 eine Voraussetzung: Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung war Teil der strategischen Luftkriegsdoktrin der RAF schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Von Mai 1940 bis März 1941 während der »Luftschlacht um England«, als Großbritannien sich in einer äußerst gefährdeten Lage befand, hatte die RAF zwar versucht, mit gezielten Angriffen gegen deutsche Rüstungsbetriebe und Schiffe, die deutsche Kriegsmaschinerie zu treffen. Diese Angriffe waren, wie Groehler ausführt, zwar keineswegs kriegsentscheidend, aber es wurden »gerade 1940 wie in keiner sonstigen Phase des britischen Bombenkrieges Schäden in zentralen Industrieanlagen angerichtet.« (S.18).

Trotzdem gewannen die Stimmen mehr Gewicht, die unterschiedslose Angriffe bevorzugten, die 1941, vor allem nach dem Nazi-Überfall auf die Sowjetunion, vermehrt geflogen wurden. Diese waren – verglichen mit den späteren Angriffen – nicht von besonderer Durchschlagskraft, weil



1927, Hendon bei London: Bombardieren als Volksvergnügen – auf einer Luftshow greift die RAF ein als Modell aufgestelltes »Eingeborenendorf« an.



1937, 26. 4., Guernica, Spanien. Die Luftwaffe des Deutschen Reiches bombardiert die Stadt während des spanischen Bürgerkriegs, um ihre Zerstörungskraft zu testen.

dafür eine ausreichende Menge an geeigneten Bombern fehlte.

Es war für die britische Führung durchaus nicht zwingend auf das Drängen der RAF einzugehen, ihr genügend Bomber zu bauen, um Deutschlands Städte auszulöschen.

Dazu ein Vergleich mit der amerikanischen Kriegsführung: Die amerikanische Luftkriegsdoktrin war zum damaligen Zeitpunkt eindeutig: Angegriffen werden sollten Präzisionsziele, also Gleisanlagen, U-Boot-Werften, Flugplätze, Rüstungsbetriebe usw. Man hielt Angriffe auf zivile Ziele – gemessen an dem Verhältnis von Aufwand und eigenen Verlusten zu der erreichten Zerstörung – für unwirtschaftlich. Damit man die Ziele besser sehen konnte, wurde konsequent auf Tagesangriffe gesetzt, während die RAF schon sehr früh auf Nachtangriffe in großer Höhe umgeschwenkt war, um den deutschen Jagdflugzeugen und der Flak zu entgehen. Die dadurch zwangsläufig schlechtere Sicht führte wiederum dazu, dass ganze Städte zum Ziel genommen wurden.

Als die USAF ab 1942 ihre Luftangriffe aufnahm, musste sie sehr schnell feststellen, dass ihre Verluste vor allem durch die deutschen Jagdflugzeuge erheblich waren. Ihre Konsequenz war aber nun keineswegs die, nun auch auf Nachtangriffe umzustellen, sondern verstärkt eigene Begleitjäger zu produzieren sowie die Bomber zu »fliegenden Festungen« mit Panzerung und eigenen Bordwaffen auszubauen. Die Zielbestimmung änderte sich nicht.

Die Entscheidung der britischen Royal Air Force zum Flächenbombardement gegen Wohngebiete war also keineswegs zwangsläufig.

Die politische Kontrolle des Bomberkommandos

Im Februar 1942 wäre durchaus eine andere Entscheidung möglich gewesen. Auch später hätte die britische Führung die Gelegenheit gehabt, ihre Entscheidung zu revidieren. Als z.B. im Laufe des Jahres 1942 die USA in zunehmendem Maße die alliierte Kriegsführung bestimmte, wurde ihre Kritik an der Bombenkriegspraxis der RAF deutlicher. Sie war ihr nicht nur wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die amerikanische Öffentlichkeit suspekt, sondern auch viel zu unwirtschaftlich und ineffektiv. Sie hätte gerne die RAF mit in ihre Zielplanung gegen kriegsrelevante Ziele eingebunden. Aus diesem Grunde drang sie Ende 1942 darauf, ein gemeinsames Oberkommando für die verbündeten Luftwaffen zu schaffen – un-

ter amerikanischem Oberbefehl. »Die Engländer lehnten dies aus Gründen der **Erhaltung ihrer Unabhängigkeit, der politischen Kontrolle über die RAF** und wegen der **Unhandlichkeit einer solchen Organisation ab.**« (Boog, Bd. 6, S.540; Hervorhebung von uns) »Erhaltung ihrer Unabhängigkeit« bedeutet Vorrang für den Erhalt des britischen Empires, »politische Kontrolle über die RAF« heißt, dass die Bombenkriegsstrategie keine militärische (dann hätte man ja ein gemeinsames Oberkommando gründen können), sondern **eine politische Entscheidung war.** Bei Boog finden sich weitere Beispiele dafür, wie die britische Führung jeden Versuch der USA abwehrte, Einfluss auf die RAF und folglich auf deren militärische Entscheidungen zu erlangen.

Allerdings wurde dieses doch einmal durchbrochen, und zwar, als es darum ging die Invasion in Frankreich (Juni 1944) vorzubereiten und zu unterstützen. Die Amerikaner setzten durch, dass ihrem Oberkommandierenden General Eisenhower auch das britische Bomberkommando unterstellt wurde. Die britische Führung stimmte dem zu, obwohl Harris heftigen Widerstand leistete. Und siehe da: Die angeblich für Präzisionsbombardierung ungeeigneten Lancasterbomber konnten es doch. »Die an großflächige Ziele gewöhnten schweren Bomberbesatzungen mussten sich jetzt auf Ziele mit geringer Ausdehnung einstellen, die nur durch präzisen Bombenwurf zerstört werden konnten.« (Boog, Bd. 7, S.121) Die Umgewöhnung der Piloten führte zu einer ausgesprochenen »Erfolgsserie« bei der Zerstörung einzelner Ziele (ebenda, S.122).

Wir sehen auch hier, dass **das Bomberkommando nicht von Harris eingesetzt wurde, sondern von der politischen Führung Grossbritanniens.** Unmittelbar vor und während der Invasion (Frühjahr/Sommer 1944) änderte die RAF ihre Bombenkriegsstrategie hin zur Einzelzielbekämpfung, weil es militärisch notwendig war.

»Technisch war nichts anderes möglich«

Wir setzen uns im Folgenden mit dem Argument auseinander, dass die britische Führung bzw. die RAF gar nicht dazu in der Lage gewesen sei, einen effektiven Bombenkrieg gegen kriegsrelevante Ziele wie Rüstungs-, Industriebetriebe, Militäranlagen und Infrastruktur zu führen, so dass sie zu den Flächenbombardements gegen die Städte gezwungen war, solange keine zweite Front existierte. Dass diese Bombenangriffe ineffektiv waren, sowohl was ihre Zerstö-



Arbeiterwohnungen

Von den West-Alliierten zerbombte Arbeiterwohnungen in Hamburg

In einem Interview berichtete **Adolph Kummernuß**, vor 1933 Vorsitzender des »Gesamtverbandes«, der späteren ÖTV, über die illegale Tätigkeit der Hafен- und Transportarbeiter: *»Hauptsächlich in den Kai-Schuppen und Lagerhäusern des Hafens konnten wir wirken. Aber auch in den Transportbetrieben ... 1943 hatten wir dann durch die Ausbombung große Verluste.*

Karl Wittbold ist mit Frau und Tochter in der Süderstraße umgekommen. Im gleichen Keller auch Freund Henning und Frau, die Wittbold an dem Abend besuchten; Albert Hintze und ich waren eine Stunde vor dem Angriff fortgegangen...«

aus: Hochmuth/Meyer,

Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Ffm. 1969

Illegale Tätigkeit

Käthe Dräger, Pädagogin und früheres KPD-O-Mitglied, schrieb am **22. April 1946** über ihre illegale Tätigkeit in Berlin: *»...Auf jeder dieser Fahrten sprachen die Leute im Zug, Militär wie Zivil, zunehmend kritischer und offener über die Zustände im Osten und die allgemeine Lage, besonders ab Stalingrad. Im letzten Kriegsjahr, besonders ab Herbst 1944, war unser kleiner Freundeskreis sich darin einig, dass die Zeit für Flugschriften und Aufrufe wohl da sei, dass sie wohl nicht mehr würden liegen gelassen werdenbestanden einige Verbindungen zu anderen Grüppchen, die technische Mittel in der Hand hatten. Aber es kam nichts heraus. Entweder klappte durch Alarm die Verabredung nicht, oder die Druckerei verbombte. Ich persönlich finde, dass längst nicht genug betont wird, wie wunderbar der Bombenkrieg geeignet war, mit den Nazis zugleich die revolutionären Ansätze kleinzukriegeln.«*

zung von kriegsrelevanten Zielen als auch der Zersetzung der Moral der Zivilbevölkerung anlangt, brauchen wir hier nicht auszuführen, siehe Gröhler, Grayling u. a.

Tatsächlich war die RAF nicht nur zur Unterstützung der Invasion 1944 in der Lage, Präzisionsangriffe gegen militärische oder industrielle Ziele zu fliegen. Es gab viele Angriffe, die keine Flächenbombardements waren, sondern gezielt nur einzelne Anlagen betrafen. Dazu zählen die wenig effektiven Angriffe schon im Jahre 1940 und 1941, es gibt aber auch spätere Beispiele. Olaf Gröhler (S. 159) schildert eine mit Bombenflugzeugen am 18. Februar 1944 durchgeführte britische Aktion gegen ein Gefängnis im französischen Amiens, in dem 120 zum Tode verurteilte Widerstandskämpfer einsaßen. Die Luftangriffe wurden mit größter Präzision durchgeführt, wobei es darauf ankam, in einem Wohngebiet einzelne Gebäude oder sogar einzelne Stockwerke zu treffen. Die Aktion war nur teilweise erfolgreich, weil viele Gefängnisinsassen bei der Aktion ums Leben kamen, aber immerhin konnten alle einsitzenden Widerstandskämpfer entkommen. Gröhler kommt zu dem Ergebnis: *»Verglichen mit der Taktik des Flächenabwurfs wurde hier ein Höchstmaß an Präzision erzielt, das aber 99 Prozent der britischen Bombenfliegerkräfte nicht zur Anwendung brachten.«*

Ein anderes Beispiel findet sich bei Boog: *»Erfolgreicher verlief ein Tagesangriff von zehn Mosquitos auf die Molybdän-Mine in Knaben, Norwegen, am 3. März 1943. Bei nur einem Verlust wurde die Anlage so schwer getroffen, dass die Produktion für etwa ein Jahr ausfiel und der Wirtschaftsstab*

der Wehrmacht ernstlich um die Versorgung mit spezialgehärtetem Stahl fürchtete.« (Bd. 7, S.28)

Aufschlussreich ist noch ein anderes, von Gröhler geschildertes Beispiel eines Angriffs von britischen Bombern am 27. Mai 1943. Nur acht Flugzeuge griffen die Zeiss-Werke in Jena an, die einen neunzigprozentigen Produktionsausfall erlitten; es gab auf deutscher Seite sieben Tote und sieben Schwerverwundete, ein britisches Flugzeug wurde abgeschossen. *»Effektiver«* geht es kaum. Das überaus Merkwürdige ist, dass *»man den Angriff auf Jena in der über 1000 Seiten zählenden Darstellung der britischen Luftoffensive genauso wenig erwähnt finden [wird] wie in anderen offiziellen Untersuchungen zur Geschichte der RAF [Royal Air Force] im Zweiten Weltkrieg.«* (Groehler S.151) Dies wird von Boog bestätigt: *»Eigenartigerweise wird dieser Angriff in der amtlichen englischen Darstellung der Bomberoffensive von Webster und Frankland gar nicht erwähnt.«* (Bd. 7, S.28)

Groehler beendet seine Schilderung mit der Frage: *»Nur eine Vergesslichkeit oder ein bewusstes Versäumnis?«*

Er beantwortet diese von ihm gestellte Frage nicht. Möglicherweise liegt es daran, dass er als DDR-Historiker an einem bestimmten Punkt Halt machen musste, weil für die DDR-Geschichtsschreibung die *»Anti-Hitler-Koalition«* der Sowjetunion mit den Westmächten ein Tabu war und sich daher eine zu tief gehende Kritik an den Westmächten verbot.

Noch aufschlussreicher für die Möglichkeiten von Präzisionsbombardements ist die schon erwähnte Phase Früh-

»... wäre der Krieg schon im Februar 1944 beendet gewesen ...«

Leserbrief in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, 25.4.2007 zum Interview mit A. C. Grayling und Jörg Friedrich »Auch eine Siegermacht muss zugeben, dass sie Unrecht getan hat« (i. d. Ausgabe 18.2.2007):

»Ich schreibe Ihnen als ehemaliger Luftwaffenhelfer, der 1943/44 den Luftkrieg der westlichen Alliierten in Hannover und Dessau hautnah miterlebt hat und sich fragte, was dieses sinnlose Töten von Zivilisten wohl bewirken sollte, während die Rüstungsbetriebe zunächst kaum getroffen wurden. Hätte der alliierte Generalstab sich nur die Mühe gemacht, die Infrastruktur im Deutschen Reich zu studieren, so wäre ihm aufgefallen, welcher ungeheurer Schwachpunkt das Schienennetz für alle Unternehmen der Wehrmacht war.

Wir besaßen einzig auf diesem Wege die Möglichkeit, große Transporte schnell über große Strecken zu bewältigen. Unsere Straßenverbindungen dienten nur dem Nahverkehr, da wir Transportfahrzeuge heutigen Ausmaßes nicht besaßen, und wenn wir sie gehabt hätten, fehlte uns der Treibstoff. Es wäre den westlichen Alliierten mit ihrer seit 1943 gewaltigen Luftflotte ein Leichtes gewesen, an vielen Stellen gleichzeitig alle vorwiegend nach Westen führenden Eisenbahn- und Kanalbrücken zu zerstören. Das wäre sogar besonders leicht gewesen, da die meisten Brücken sich gar nicht in gut bewachten Ballungsgebieten befanden, sondern sich einsam in der Landschaft verteilten. Mit einer solchen Maßnahme wäre der Krieg wahrscheinlich schon im Frühjahr 1944 beendet gewesen, denn ohne Nachschub ist kein Krieg zu führen. Die Alliierten hätten sich und uns, woran sie vielleicht nicht besonders interessiert waren, Tausende von unnötigen Toten erspart.«

Dr. H., Wedemark ■

jahr/Sommer 1944, als sich die RAF unter Eisenhowers Oberbefehl an der Vorbereitung und Unterstützung der Invasion beteiligte. In dieser Zeit flog die RAF vorwiegend Angriffe gegen Einzelziele. Es wurden Gleisanlagen, Fabriken, sogar einzelne Brücken angegriffen und zerstört. Eine gute Übersicht dazu findet sich bei Boog (Bd. 7, S.121 ff).

Die Möglichkeit zur Durchführung von Präzisionsbombardements hatte sich die RAF neben verbesserten Ortungstechniken vor allem durch den Bau der so genannten Mosquito-Bomber verschafft. »Im neuen leichten Bomber und Aufklärer der Firma de Havilland »Mosquito« sahen einige Militärs wegen seiner kaum von einem deutschen Jagdflugzeug erreichten großen Geschwindigkeit, Dienstgipfelhöhe und Reichweite, sowie seiner billigen, Engpassmaterialien sparenden Holzbauweise das ideale, in Massen zu bauende Flugzeug für den gezielten Selektivangriff.« (Boog, Bd. 7, S.121) Zu dieser Massenfertigung von Mosquitos kam es nicht, stattdessen wurde auf den schwerfälligen und leichter anzugreifenden viermotorigen Lancasterbomber gesetzt, der tatsächlich für ungenaue Flächenbombardements besser geeignet war. Die Mosquitos wurden u.a. wegen ihrer Präzisionseigenschaften als »Pfadfinder« für die schweren Bomberstaffeln eingesetzt (Vorausflugzeuge, die über den anzugreifenden Städten Zielformen für die nachfolgenden Bomber zu setzen hatten, die so genannten »Christbäume«). Dem deutschen Historiker Boog, der durchaus Sympathien für die alliierte Seite hegt, erscheint dieser

Widerspruch schwer erklärbar. Seine Zweifel äußern sich, indem er zwei britische Quellen zitiert:

»Zweifellos wären die aus Mosquitos bestehenden leichten strategischen Bomberverbände mit ihrer menschen-schonenden Präzision in der Lage gewesen, noch größere Tageserfolge zu erzielen und »so viel mehr für den Sieg« zu leisten, hätte man ihre noch am Anfang stehende taktische Entwicklung weiter vervollständigt und die 2. Group vollständig mit ihr ausgerüstet, schrieb Bowyer. Diese Meinung vertraten auch die Planer im Ministerium für Flugzeugproduktion, wie einer von ihnen, Sir Alec Cairncross, schrieb: »Die Mosquito hätte sehr wohl den Rekord der Lancaster in puncto Schadenshöhe pro Arbeitsstunde im Flugzeugbau übertroffen«, denn sie sei sehr viel billiger im Bau gewesen und habe ihre Bomben mit großer Genauigkeit auf Einzelziele geworfen, während die Lancaster nur ungezielt Flächen bombardieren konnte. Dies sei längst nicht von ebenso entscheidender Wirkung gewesen.« (Bd. 7, S.29)

Boog versucht diesen offensichtlich unerklärbaren Widerspruch damit aufzulösen, dass er Harris zitiert, der die Mosquito mit wenig überzeugenden Argumenten abgelehnt habe. Auch Groehler verweist auf die Merkwürdigkeit, dass die offizielle Darstellung des britischen Bombenkriegs von Webster und Frankland auf die Möglichkeiten der Mosquito-Bomber überhaupt nicht eingeht, vielmehr nur davon spricht, dass es mit den Lancaster-Bombern nicht anders gegangen sei als Flächenangriffe zu fliegen. »In diesem Zusammenhang mu-

Krieg den Hütten...

Julius Posener, Architekt aus Berlin, musste Deutschland 1935 wegen der rassistischen Bedrohung durch die Nazis verlassen. Er kam als Ingenieur und Offizier mit der British Army nach Deutschland zurück, schrieb seine Eindrücke direkt danach, also etwa 1947, auf.

»Von dem Ausmaß der Zerstörung haben viele erzählt, und so machte ich mich, als ich nach Deutschland kam, nach den Berichten von den Großangriffen auf deutsche Städte auf einiges gefasst. Doch ich muss gestehen, dass meine Erwartungen durch das Ausmaß der Zerstörung übertroffen wurden...

In den Vororten (von Köln) sieht es eine Spur besser aus; aber auch in der Gartenstadt Marienburg ist jedes dritte Haus eine Ruine, nur dass die Ruinen dort im Grünen ste-

hen. Kommt man aber an den Fabrikürtel, besonders im Osten des Rheins, außerhalb Mühlheims, so findet man viele moderne Backsteinhallen unversehrt und tätig.

In der Ruhr machte ich die gleiche Erfahrung: Die Wohnungen der Arbeiter sind zerstört, die Vororte stehen im Allgemeinen, und einige Villen sind noch von ihren alten Bewohnern belegt ... Die Fabriken aber, die Zechen und Hochöfen arbeiten, bis auf gewisse Sonderfälle wie Krupp in Essen... Man fand nach der Kapitulation, dass 20 Prozent des Industriepotentials zerstört waren. Das ist viel, aber von den Wohnungen sind 80 Prozent beschädigt und zwei Drittel davon zerstört oder fast zerstört.

Nie habe ich eine Zerstörung gesehen, die mit so großem Recht den Namen tragen könnte: Krieg den Hütten, Frieden den Palästen. Man ist versucht, dahinter eine Absicht zu sehen...«

aus: Julius Posener, In Deutschland 1945 bis 1946, Jerusalem 1947

Dynamitfabrik Nobel in Krümmel bei Hamburg

Der Bau der Dynamitfabrik Krümmel bei Hamburg wurde im Jahr 1865 (Gründer Alfred Nobel) begonnen. Von 1933 bis 1939 erfolgte ein rasanter Ausbau von über 300 Gebäuden für die Herstellung von Granaten und Bomben als Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg. Schwankte die Zahl der Beschäftigten je nach Auftragslage zwischen 250 und knapp 2750 (im Jahr 1917), stieg sie bis 1943 im Dreischichtbetrieb auf 9000 Mitarbeiter an. Eine der wichtigsten deutschen Produktionsstätten von Rüstungsgütern war der militärischen Führung in England und den Vereinigten Staaten bekannt. Trotzdem erfolgte erst am 7. April 1945, die alliierten Truppen standen schon linksseitig der Elbe, der Bombenangriff durch englische oder amerikanische Flugzeuge auf die Dynamitfabrik. Punktgenau (das heißt, Wohnungen von Direktoren, Ingenieuren und Meistern, die nur wenige hundert Meter vom Produktionsgelände entfernt lagen, wurden nicht getroffen) wurden in knapp 30 Minuten durch etwa tausend Bomben die wichtigsten Produktionsanlagen zerstört. Nach offiziellen Angaben kamen »nur« 108 Menschen ums Leben (der Angriff erfolgte zwischen 13 und 13.30 Uhr, angeblich während des Schichtwechsels). Die Rüstungsproduktion ging auf fast Null zurück.

Nicht nur die Produktionsanlagen selbst, sondern auch Versorgungsleitungen (Eisenbahn-, Hafenanlagen und Zufahrtstraßen) hätten schon Jahre vorher zerstört werden können, wenn die politisch-militärische Führung der Westalliierten es gewollt hätte. ■

»Während des Zweiten Weltkrieges von 1939 bis 1945 sind im Werk Krümmel ca. 200 Gebäude für militärische Zwecke errichtet worden.

1945 bestand die Fabrik Krümmel aus 750 Gebäuden. Das Gelände der Fabrik bedeckte zum Ende des zweiten Weltkrieges eine Fläche von rund 3,5 Quadratkilometern (...) Größte Länge von Ost nach West 2,5 Kilometer, von Nord nach Süd 2 Kilometer. Der Zaun um das Werk hatte eine Länge von 7,5 Kilometern. 1944/45 bestand die Fabrik aus folgenden Betrieben: Nitrozellulose-Herstellung, Pulverrohmasse-Herstellung, Dynamit- und Nitroglycerin-Herstellung, Schwefelsäurebetrieb, Hexogenbetrieb, Nitropentabetriebe, Trinitrotoluolbetriebe, Füllstellenbetriebe, Sprengstoffpressenbetriebe, Kunststoffbetriebe.

Hinzu kamen allgemeine Anlagen wie Verwaltung, Feuerwachen, Sanitätsstationen, Werksküche, Wäscherei, Druckerei, Werkstätten, Kraftwerke, Bahnbetriebsanlagen, Hafenanlagen, Magazine und Sprengstofflager. Die Gleisanlagen der Fabrik hatten eine Länge von 43 Kilometern. Die Telefonanlage hatte ca. 300 Anschlüsse.«

aus Karl Gruber, Der Krümmel. Geesthacht 1980. S. 76 ■

ten die langatmigen Ausführungen der britischen Luftkriegshistoriker über angebliche technologische Sachzwänge, denen das Bomber Command auch 1942/43 bei der Ausführung von Flächenangriffen unterworfen war, nicht nur merkwürdig, sondern auch irreführend an.« (Groehler, S.149)

Wir halten an dieser Stelle fest: **Das Flächenbombardement wurde seit 1942 durchgeführt, obwohl es technisch möglich war, Einzelziele anzugreifen. Darüber hinaus wäre es technisch realisierbar gewesen, dies auch im großen Umfang durchzuführen.**

Kriegsrelevante Ziele wurden bewusst nicht angegriffen

Selbst wenn man sich für ein Flächenbombardement entscheidet, hätte man versuchen können militärische und industrielle Ziele zu treffen, wie im Fall der USAF. Aber genau das wollte die RAF nicht! Als am 14. Februar 1942 die offizielle Anweisung an die britische Luftwaffe zum Flächenbombardement ergeht (beschönigend »moral bombing« genannt, also Bombardieren der Zivilbevölkerung, um deren Moral zu brechen), erläutert der britische Luftwaffenchef General Portal den Kommandeuren des Bomberkommandos: »Betr: Die neue Bombardierungsdirektive: Ich nehme an, es ist klar, dass es sich bei den Zielpunkten um bebaute Gebiete handelt, nicht z.B. um Werften oder Flugzeugfabriken (...)« (Gröhler, S.35)

Das hieß, dass »von der Anlage, der Planung und schließlich selbst der Durchführung her im Mittelpunkt der neuen Direktive massierte Brandangriffe gegen das Zentrum der Städte standen« (ebenda, S.34). Praktisch bedeutete das, die Zielliste der Städte nicht nach ihrer Kriegsrelevanz, sondern nach ihrer Brandanfälligkeit aufzustellen, die Innenstädte auszulöschen und Industrieanlagen, die häufig eher am Stadtrand lagen, außer Acht zu lassen.

Bei Boog findet sich dafür ein besonders anschauliches Beispiel. Von November 1943 bis März 1944 fand die so genannte »Luftschlacht um Berlin« statt, in der die RAF insgesamt 16 nächtlichen Großangriffen die Stadt in Trüm-

mer legen wollte. Zwar wurde Berlin schwer getroffen, vor allem natürlich Wohnviertel, aber auch viele Fabriken, wie Boog beschreibt. Er resümiert jedoch als Bilanz der britischen Angriffe: »Aber insgesamt waren die Auswirkungen auf die Berliner Industrie noch nicht bedeutend, wenn sie dem Zeitgenossen zunächst auch so erschienen.« Und dann kommt er auf etwas für ihn völlig Unverständliches zu sprechen: »Ein noch ungeklärtes Kuriosum der Angriffe auf Berlin bleibt die Tatsache, dass die beiden großen, am Stadtrand liegenden Kraftwerke West und Klingenberg, von denen das letzte schon 1940/41 vom Bomber Command zerstört werden sollte, überhaupt nicht angegriffen wurden. Beide zusammen lieferten 60 Prozent der Berliner Elektrizität. Bei einer Zerstörung wäre die Berliner Industrie zum völligen Erliegen gekommen, und weitere Bomben auf die Stadt hätten sich erübrigt.« (Boog, Bd. 7, S.80) 16 Großangriffe über fünf Monate und die Schlüsselstelle für die ganze Berliner Industrie wird »übersehen«?!

Diese Schilderung passt zu anderen »Merkwürdigkeiten« des Bombenkriegs, die schon den Zeitgenossen zum Teil aufgefallen waren. Z.B. wurden während des Großangriffs auf Hamburg, der Operation »Gomorrha« im Juli 1943, die Elbbrücken, der absolute Verkehrsengpass und das entscheidende Zwischenstück für die Nord-Südverbindung, nicht angegriffen, so dass der Verkehr weiterlaufen konnte.

Diese »Merkwürdigkeiten« waren übrigens auch schon dem Oberkommando der deutschen Wehrmacht aufgefallen. In einem Bericht aus dem »Kriegstagebuch der deutschen Wehrmacht« vom Juni 1944 ist folgender Eintrag zu finden: »Es war seit Jahr und Tag mit Erstaunen bemerkt worden, dass die britisch-amerikanische Luftwaffe die deutschen Hydrierwerke [Anlagen zur Herstellung von synthetischem Flugzeugbenzin] kaum angriff, obwohl ihr deren Lage bewusst sein musste und diese Objekte trotz allen Schutzes leicht angreifbar waren.« (Weidauer, S.37) Das änderte sich dann schlagartig ab Juni 1944, dem Invasionsmonat (vgl. Gröhler, S.340)

Der Bombenkrieg gegen die deutschen Städte sollte nicht nur die Deutschen treffen

Diese Einzelheiten zusammengefasst ergeben dieses Fazit:

- Der Entschluss zum Flächenbombardement der deutschen Städte fiel im Februar 1942, nach dem Kriegseintritt der USA und nachdem die Rote Armee die Wehrmacht vor Moskau zurückgeworfen hatte.
- Der Entschluss war eine politische Entscheidung und erfolgte nicht aus zwingenden militärischen Überlegungen heraus.
- Es gab neben dem Flächenbombardement auch Präzisionsangriffe.
- Die RAF hatte darüber hinaus die technischen Möglichkeiten mit den Mosquito-Flugzeugen, in großem Umfang Präzisionsangriffe zu fliegen. Diese wurden nicht ergriffen.
- Die RAF bombardierte absichtlich keine zentralen Industrieanlagen, sondern konzentrierte sich auf Wohngebiete.

Unterstellen wir, dass es sich bei diesen Fakten nicht um bedauerliche Fehlentscheidungen der britischen Kriegsführung handelte, wie es Grayling nahe legt, sondern dass das Ganze einen Sinn haben sollte. **Wem konnte diese Kriegsführung nutzen, wem konnte sie** (neben der deutschen Zivilbevölkerung natürlich) **schaden?**

Schaden konnte die britische Kriegsführung vor allem der Sowjetunion. Sie stand in einem gigantischen Ringen mit der deutschen Wehrmacht und bekam die volle Wucht des vom Deutschen Reich kontrollierten europäischen Rüstungspotentials zu spüren. Effektive Schläge gegen dieses Rüstungspotential hätten ihr – abgesehen von der Errichtung einer zweiten Front – große Erleichterung verschafft. Deswegen betonten die Briten die ganze Zeit und erläuterten das auch der sowjetischen Regierung, wie wichtig ihre Bombenangriffe gegen »die deutschen Industriezentren« seien. Nur waren es nicht die Industrie-, sondern die Stadtzentren, die zerstört wurden.

Für Großbritannien war es im Umkehrschluss durchaus nützlich, der Sowjetunion keine entscheidenden Hilfsdienste zu leisten, da es im britischen Interesse lag, dass die Rote Armee, die Armee des sozialistischen Todfeindes, sich im Kampf mit der Wehrmacht aufrieb und nicht zu schnell nach Mitteleuropa vorrückte.

Boog formuliert die britische Perspektive des Jahres 1942 folgendermaßen: »Die Aufgabe, zusammen mit der Sowjetunion Deutschland als Aggressionsherd auszuschalten und einem übermächtigen kommunistischen Einfluss im Nachkriegseuropa vorzubeugen, war voller Brisanz (...)« (Boog, Bd.6, S.55)

Wir wagen die These, dass sich die von Boog gesehene »Brisanz« in dem eigenartigen **Doppelcharakter des britischen Bombenkriegs gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte zeigte: Maximale Vernichtungswirkung, was die Wohngebiete anging, und minimale Zerstörung, was kriegsrelevante Anlagen betraf.**

Es ging darum, gegen das Deutsche Reich Krieg zu führen, ohne es entscheidend zu schwächen. Das war sogar noch nach der Invasion 1944 der Fall. »Nach amerikanischen Großangriffen am 7. Oktober 1944 gegen Pölitz, Leuna, Böhlen, Magdeburg und Lützkendorf ruhten dann derartige Angriffe bis Anfang November.« (Groehler, S.357) Die deutsche Mineralölwirtschaft bekam eine unerwartete Atempause, in der sie sich reorganisieren konnte. Der faschistische Rüstungsminister Albert Speer äußerte als Angeklagter während der Nürnberger Prozesse später dazu: »Wir hatten den Eindruck [...], dass sie das Tempo der Zerstörungen bei uns so drosselten, dass ihre Invasion und ihre Angriffspläne damit gleichlaufen, d.h. dass unsere Widerstandskraft im Osten noch soweit aufrechterhalten

blieb, bis sie ihre Etappen im Westen erreicht hatten. Das war für uns die einzige Erklärung, weil wir wussten, dass sie einmal die Möglichkeiten hierzu hatten und andererseits auch die wirtschaftlichen Fachleute, die alle Probleme auf genaueste kannten [...] Ich nahm an, dass es auch für sie von Wert war, dass der Russe bei einem plötzlichen Zusammenbruch bei uns mit seinen Panzerspitzen nicht an das ... außerordentlich wichtige Gebiet bis an den Rhein vorstoßen konnte.« (Groehler, S.357)

Der Klassencharakter des Krieges

Unsere Schlussfolgerung: **Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte war Ausdruck des zeitweiligen Bündnisses von gegensätzlichen Gesellschaftssystemen – er hatte Merkmale des Klassenkampfes.** Er sollte die Wehrmacht in ihrem Krieg gegen den gemeinsamen Klassenfeind SU nicht entscheidend behindern.

Deshalb tun sich bis heute die deutsche herrschende Klasse und mit ihr die Politiker und Historiker schwer mit der Frage des Bombenkriegs. Schließlich entsprach er indirekt ihren eigenen Klasseninteressen.

Die herrschende Geschichtsschreibung in (West-) Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg behauptet zwar, es sei nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch das deutsche Kapital durch den Bombenkrieg durch die Zerstörung der Industrieanlagen schwer getroffen worden. Aber diese Behauptung muss der Propaganda zugerechnet werden, die vor allem das Ziel hat so zu tun, als habe es nach dem Krieg für Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen eine »Stunde Null« gegeben und das deutsche Kapital sei wie ein »Phönix aus der Asche« wieder auferstanden; das deutsche Kapital habe im gleichen Maße unter den Bomben gelitten wie die deutsche Zivilbevölkerung. Gröhler hält dagegen in seinem Resümee des Bombenkrieges fest, dass »das gesamte Brutto- und Nettoanlagevermögen der deutschen Großindustrie zu Ende des Zweiten Weltkrieges wesentlich größer war als zu Beginn der Aufrüstung im Jahre 1935« und dass das deutsche Kapital am Kriegsende »den Mächten der Anti-Hitler-Koalition mit einem weitaus stärkeren Industriepotential« als zu Kriegsbeginn gegenüber stand (S. 450). So ein Wunder war es also gar nicht, das deutsche »Wirtschaftswunder«!

Kollektivschuld und Nachkriegsordnung

Der in den USA lebende Schriftsteller Thomas Mann kommentierte den Angriff auf Lübeck im März 1942 in einer Rundfunkansprache an die Deutschen wie folgt: »[...] ich denke an Coventry und habe nichts einzuwenden gegen die Lehre, dass alles bezahlt werden muss. Hat Deutschland geglaubt, es werde für die Untaten, die sein Vorsprung in der Barbarei ihm gestattete, niemals zu zahlen haben?« (Spiegel spezial, S.37) An anderer Stelle hielt er es für nachvollziehbar, »wenn die Alliierten Deutschland zehn oder zwanzig Jahre lang züchtigen.« (Thomas Mann, Exil in den USA, Ff/M, 1980, S.175) Als bürgerlicher Schriftsteller ging Thomas Mann nicht vom Klassengegensatz sondern vom »deutschen Volk« aus. Bewusste Teile der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und ganz Europa hatten 1945 aus leidvoller Erfahrung eine genaue Vorstellung vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg. Die Verflechtungen des Kapitals mit dem faschistischen Herrschafts- und Militärapparat waren handgreiflich. Nach der Besetzung Deutschlands wurde deutlich, in welchem Ausmaß die deutsche Bourgeoisie politisch und moralisch diskreditiert war. Der antikapitalistischen Stimmung musste sogar die CDU in ihrem Ahlener Programm folgen; natürlich nur als Phrase. Für die Westmächte, die Westdeutschland als strategisches Bollwerk gegen das sozialistische Lager aufbauen

Die Forderung nach der »bedingungslosen Kapitulation«

Im Januar 1943 trafen sich der amerikanische Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill in Casablanca, um über den weiteren Fortgang des Krieges zu beraten. Themen waren unter anderem der deutsche U-Boot-Krieg gegen die alliierten Transportflotten, der Kriegseintritt der Türkei und die Invasion in Frankreich.

Aber »die schwerwiegendste politische Entscheidung, die in Casablanca getroffen wurde, war die Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation« der Dreierpakt-Mächte Deutschland, Italien und Japan. Roosevelt war der Meinung, »dass das deutsche Volk aus dem Ausgang des Ersten Weltkrieges keine Lehre gezogen, sondern sich nur allzu gern Hitlers These angeschlossen habe, dass Deutschland nicht im Felde besiegt, sondern durch die trügerischen Versprechungen der 14 Punkte Wilsons¹² zur Waffenniederlegung veranlasst worden sei.«¹³ Die Formel der »bedingungslosen Kapitulation« bedeutete, dass Deutschland als Staat aufgelöst und von den Siegermächten besetzt und kontrolliert würde. Die Entscheidung hierzu fiel unter ausdrücklichem Bezug auf den Ausgang des Ersten Weltkriegs in Deutschland. Was Gruchmann hier nicht nennt, aber was Churchill und Roosevelt natürlich genauso im Kopf hatten, war, was 1918 nach dem Ausgang des Ersten Weltkriegs noch passiert war. Es hatte eben nicht nur die Rechten gegeben, die gegen den Kriegsschluss Stimmung machten (übrigens erst einige Zeit später), sondern vor allem wurde der Erste Weltkrieg von deutscher Seite aus beendet, weil sich unter den Soldaten und Arbeitern eine revolutionäre Welle ausgebreitet hatte, die nicht nur das deutsche Kaiserreich stürzte, sondern mit den Forderungen nach sozialistischer Revolution den Kapitalismus in Deutschland selbst bedrohte. Diese Bedrohung konnte gerade noch in einem Bürgerkrieg im Verbund von Generalität, rechten Freikorpsverbänden und Sozialdemokratie erstickt werden.

Es war also unschwer sich auszumalen, was nach einem Sturz der Hitlerdiktatur seitens der deutschen Arbei-

ter passieren würde, insbesondere da die Sowjetunion das Naziregime militärisch besiegt haben würde. »Einige militärische Planer Großbritanniens hatten schon seit September 1943 eine bedrückende Vision, als sie diagnostizierten, dass Aufstände und Unruhen in Deutschland am Ende des Krieges noch weitaus größer und akuter sein könnten als im November 1918.« (Groehler, S.337) Es galt also zwei Gefahren vorzubeugen: Dass das Nazi-Regime an der Macht blieb und der Gefahr der sozialistischen Revolution in Deutschland.

Aus der Erfahrung nach dem Ersten Weltkrieg wusste man aber um die revolutionären Potenzen eines Widerstandes gegen den Krieg. Indem der Bombenkrieg gegen die deutschen Städte jeden Widerstand aus der Bevölkerung verunmöglichte, unterstützte er die Politik der »bedingungslosen Kapitulation« auf sehr praktische Weise. Deshalb diente der Krieg gegen die deutschen Städte auch dem Zweck, einen potentiell sozialistischen Widerstand in Deutschland zu verhindern.

Allerdings wurde die Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation« erst 1943 aufgestellt, die Entscheidung zum Flächenbombardement der deutschen Städte fiel aber schon ein Jahr früher. Zum Zeitpunkt der Konferenz von Casablanca war der Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte schon voll im Gange. Sein Hauptinhalt kann also nicht auf dieser Konferenz festgelegt worden sein. ■

Zwei Kriege

Im Juni 1945 veröffentlichte die kleine britische Zeitschrift »Socialist Correspondence« (Vol.2, Nr. 1) einen Artikel von August Thalheimer, in dem dieser zu der Nachkriegssituation bemerkte, »dass England und die Vereinigten Staaten zwei Kriege in Italien und in Deutschland führten: einen gegen den kapitalistischen und faschistischen Imperialismus, den anderen gegen die sozialistische Revolution als möglichen Nachfolger des Naziregimes« ■

wollten, war es schwierig, das deutsche Bürgertum, das sich mit den Nazis verbündet hatte und in der Bevölkerung sein Ansehen verspielt hatte, wieder als herrschende Klasse einzusetzen. »Wie sollten jene diskreditierten Unternehmer, die [wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Nazis] eben noch im Gefängnis saßen [während die Arbeiter mühevoll am Wiederaufbau der Fabriken arbeiteten] wieder zu einer gesellschaftlich führenden Kraft werden?« (Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Broschüre der Autonomen Nahostgruppe Hamburg und der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg, 1989, S. 21)

Um das zu bewerkstelligen, brauchte man sowohl den Bruch mit dem Faschismus als auch die Aufhebung des Klassegegensatzes durch eine übergreifende Ideologie. Mit der Kollektivschuldthese konnte man das ganze deutsche Volk, Bürgertum und Arbeiterklasse, haftbar machen, ungeachtet der völlig unterschiedlichen Verantwortung der beiden Klassen. Das deutsche Bürgertum war bereit diesen Preis, den die Alliierten forderten, zu bezahlen, um so in das westliche Bündnis aufgenommen zu werden. Dafür unterdrückten die Alliierten jede eigenständige Regung der

12) US-Präsident Wilson verkündete in seiner Jahresbotschaft vom 8. Januar 1918 seine 14 Punkte für eine Friedensordnung nach dem Ende des Weltkrieges.

13) Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. München 1982. S.356

wieder entstehenden Arbeiterbewegung und ließen Parteien und Gewerkschaften nur unter ihrer Kontrolle zu. Dazu kam die Praxis der Entnazifizierung, die die Frage nach der Schuld an den Naziverbrechen als individuelle Vergehen abhandelte und damit die gesellschaftlichen Ursachen konsequent ausblendete.

So konnten das kapitalistische System wiederhergestellt, dessen personelle Träger wieder auf ihre alten Posten gehievt und mit der Kollektivschuldthese deren Verantwortung abgegeben werden.

Objekt oder Subjekt der Geschichte?

Die Ideologie von der Kollektivschuld aller Deutschen am Faschismus knüpft daran an, dass es in der deutschen Bevölkerung durchaus Sympathien für die Nazis gab. Aber es waren nicht diese Sympathien entscheidend für die Etablierung der Nazidiktatur, sondern die Politik derer, die an der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit faschistischen Methoden Interesse hatten.

Auch die Arbeiterbewegung hatte eine Verantwortung für die Verbrechen der faschistischen Diktatur. Diese Verantwortung ist aber der bürgerlichen Klasse genau entgegengesetzt. Während sich die bürgerliche Klasse bereitwillig von der faschistischen Partei unterwerfen ließ, ihre politische Macht abgab, um ihre ökonomische Macht zu

erhalten, an den Verbrechen des Faschismus also aktiv beteiligt war, kam die Arbeiterbewegung ihrer Aufgabe und historischen Verantwortung nicht nach, die darin bestanden hätte, den Faschismus mit seinen Wurzeln, also dem Privateigentum an Produktionsmitteln, auszurotten und jede Form bürgerlicher Klassenherrschaft zu überwinden. **»Der allgemeine Sinn davon, dass man dem deutschen Volke die Schuld für Nazismus und Krieg gibt, kann wohl nur sein, dass man dem deutschen Volke vorwirft, dass es keine Revolution gegen das nazistische Regime vor und während des Krieges durchgeführt hat.«** (August Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, S.12) Für dieses Versäumnis musste die arbeitende Bevölkerung einen hohen Preis

zahlen: Unermessliches Leid und unzählige Opfer forderte der Krieg auch von der deutschen Bevölkerung.

Diese historische Verantwortung schlägt auch den Bogen in unsere Zeit. Wieder schafft das ungeheure Wachsen der Produktivkräfte Widersprüche, die sich in der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht lösen lassen. Wieder droht das ungeheure Wachstum der Produktivität umzuschlagen in Zerstörung in einem bisher nie gekannten Ausmaß. Wieder stellt sich für die arbeitende Bevölkerung weltweit die Frage, ob sie passiv, als Objekt, als Spielball der Mächtigen die Opfer ertragen will, oder ob sie bereit ist, die Opfer zu bringen, die die Auseinandersetzung um ihre elementarsten Lebensinteressen erfordern wird. ■

Die Entgrenzungsfunktion des Bombenkriegs



Juli 1943, Hamburg. Zerstörtes Wohngebiet

Zwar war das Flächenbombardement gegen zivile Ziele in den Kolonialkriegen schon erprobt und eingesetzt worden, aber damit war es noch nicht zum legitimen Kriegsmittel eines großen Krieges in Europa geworden, zu dessen Einsatz es der Zustimmung der Soldaten sowie der eigenen Bevölkerung und der *»Weltöffentlichkeit«* bedurfte. Es war also notwendig, um die Grenzen der Kriegführung hinaus zu schieben, zuerst die moralische, ideologische Seite der Kriegführung zu *»entgrenzen«*. Man musste Rechtfertigungsgründe finden.

Als nahe liegender Rechtfertigungsgrund für die alliierte Propaganda boten sich natürlich die deutschen Bombenangriffe gegen englische und andere Städte an: Die britischen Bombenangriffe als Vergeltung für die deutschen Angriffe. *»Schon im September 1940 hatte der britische Luftmarschall Sir Charles Portal Leipzig auf eine Liste von 19 deutschen Städten gesetzt, die als Angriffsziele zur Vergeltung für die [zuvor erfolgten] deutschen Terrorangriffe auf Städte wie London oder Coventry geeignet wären«* (www.mdr.de/kultur/1081534.html)

Der zweite Rechtfertigungsgrund lag in der (unsinnigen) Behauptung der britischen Luftwaffenführung, insbe-

sondere von Admiral Harris, die Bombenangriffe untergraben die Moral der deutschen Zivilbevölkerung und das sei kriegsentscheidend. Diese Behauptung unterstellt fälschlicherweise, die deutsche Zivilbevölkerung (zum Zeitpunkt der Bombardierungen überwiegend Frauen, Kinder und Jugendliche, ältere Männer sowie Zwangsarbeiter aus den überfallenen Ländern) sei insgesamt Träger des faschistischen Regimes und damit direkt für dessen Existenz verantwortlich. Um von der Unterstützung des Regimes abzulassen, bräuchte sie Bomben auf den Kopf quasi als Denkhilfe (zynisch gesprochen: *»Bombenkrieg zur Umerzierung«*). Hier wird bereits die nach dem Krieg von den West-Alliierten vertretene These von der *»Kollektivschuld aller Deutschen«* vorweg genommen.

Als dritter Rechtfertigungsgrund wurde vor allem für die alliierten Bomberbesatzungen vor jedem Einsatz die jeweilige Stadt für kriegswichtig erklärt und es wurden die in dieser Stadt befindlichen militärisch relevanten Anlagen genannt, obwohl diese gar nicht getroffen werden sollten. Ein Beispiel dafür sei hier zitiert. Als am 30. Mai 1942 die Altstadt von Köln angegriffen wurde, wurden die Bomberbesatzungen mit folgendem Text eingewiesen: *»Köln [...]*

hat fünf große Bahnhöfe und ist das Zentrum mehrerer Motoren-, Panzer- und Flugmotorenfabriken.« (Gröhler, S.65) Diese wurden aber alle nicht angegriffen!

Zusammen genommen hatten diese Rechtfertigungsgründe die Funktion, den Bombenkrieg gegen Städte als strategisches Kriegsmittel auch bei den alliierten Soldaten und darüber hinaus akzeptabel zu machen. Im Wesentlichen war es die Aufgabe der Kriegspropaganda für die Akzeptanz des Bombenkrieges zu sorgen.

Darüber hinaus – und das ist historisch bedeutsam – trug der Bombenkrieg seinerseits selbst dazu bei, die Grenzen der Kriegsführung auszuweiten, die Kriegsführung zu entgrenzen.

Weiter oben wurde schon ausgeführt, dass für die Flächenbombardements gegen die deutschen Städte der Einsatz von Brandbomben zentral war. Der schwerpunktmäßige Brandbombeneinsatz von hunderten von Bombenflugzeugen gleichzeitig führte im Laufe des Krieges zur Entdeckung des so genannten »Feuersturms«¹⁴ und schließlich dazu, dass die Bombeneinsätze gegen die deutschen Städte mit dem ausdrücklichen Ziel geplant wurden, diesen »Feuersturm« zu erzeugen.

Spätestens ab Ende 1944 wurde dieses Vorgehen auch von der US-Luftwaffe übernommen und eingesetzt, so dass man ab diesem Zeitpunkt nicht mehr von einer »Arbeitsteilung« zwischen britischer und amerikanischer Luftwaffe sprechen kann. Nachdem diese Technik erst einmal entwickelt und dazu die entsprechenden Flugzeuge vorhanden waren, wurde sie auch angewendet bis zum Kriegsende. Da die großen Städte gegen Ende des Krieges schon weitgehend zerstört waren, wurden jetzt auch mittlere und kleine Städte wie Halberstadt und Swinemünde und deren Bevölkerung mit »Feuerstürmen« überzogen. Die militärische Sinnlosig-

keit wurde immer offensichtlicher, aber militärische Apparate funktionieren wie Öltanker, die – erst einmal in einer Fahrtrichtung in Bewegung – sehr schwerfällig sind. Wäre der Krieg noch ein paar Monate weiter gegangen, wäre jene Situation eingetreten, die ein amerikanischer General während des Koreakrieges (1950 bis 1953) beschrieb, als die US-Luftwaffe alle kleineren und größeren Städte in Nordkorea vernichtet hatte: »Wir haben keine Ziele mehr.«

Die entscheidende Funktion der Kriegs-Technik des »Feuersturms« war aber die, dass damit endgültig jede Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen unmöglich geworden war. Innerhalb des Gebietes des »Feuersturms« wurde praktisch alles zerstört und wurden so gut wie alle Menschen getötet, soweit sie nicht in Bunkern waren (viele starben allerdings selbst dort).

Dresden, Hiroshima und Nagasaki

Die obige Beschreibung der Wirkung der »Feuersturm«-Technik macht deutlich, dass sie ziemlich genau die Wirkung einer anderen Bombe beschreibt, wenn sie auf eine Stadt abgeworfen wird: die Wirkung der Atombombe. Tatsächlich zeigt die Auswahl der japanischen Städte für ihre »Tauglichkeit« für einen Atombombenabwurf eine frappierende Ähnlichkeit mit der Rangliste der britischen Luftwaffe für die »Brandtauglichkeit« der deutschen Städte. Hiroshima und Nagasaki standen deswegen auf einer Liste von sieben japanischen Städten ganz oben, weil sie die Merkmale: dichte Bebauung und Holzhäuser aufwiesen.¹⁵ In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, dass der Zielpunkt für die erste Atombombe von militärischen Anlagen am Stadtrand von Hiroshima auf ein Krankenhaus im Stadtzentrum verlegt wurde, um die Wirkung auf die Zivilbevölkerung zu erhöhen.¹⁶ Hier ergibt sich ein Zusammenhang. Die moralische Hemmschwelle gegen den Einsatz einer Waffe, die auf einen Schlag Hunderttausende von Menschen umbringen kann, war durch den Bombenkrieg gegen die deutschen und – ab 1945 – japanischen Städte entscheidend gesenkt worden. Der Historiker Freddy Litten beschreibt in einem Artikel in der FAZ (7.5.2005), wie sich die Technik der Flächenangriffe gegen die Zivilbevölkerung im amerikanischen Bomberkommando, das für den Luftkrieg gegen Japan zuständig war, durchsetzte. Zunächst hatte noch ein gewisser Hansell das Kommando, der ein Vertreter der Präzisionsbombardierung war, des Einsatzes von Sprengbomben gegen »punktuelle Ziele wie z.B. Industrieanlagen«. Er wurde im Januar 1945 durch LeMay ersetzt. Dieser hatte »weniger Bedenken, in großem Stil solche Brandbomben gegen ganze Städte einzusetzen, um die gewünschten Ziele zu zerstören – ähnlich der britischen

14) Mit dem Wort ‚Feuersturm‘ werden zwei Formen von ‚Feuerstürmen‘ bezeichnet:

a) »Der thermische Feuersturm, der durch den hohen Verbrennungs-Luftbedarf eines Einzelbrandes oder vieler Einzelbrände entstehende sturmartige Zustrom von Frischluft.«

b) »Der ‚atmosphärische Feuersturm, der sowohl durch den Luftbedarf vieler Einzelbrände, als auch durch besondere atmosphärische Verhältnisse über dem Brandgebiet ausgelöst wird.« (Brunswig, S.264)

Beide Formen führen dazu, dass das gesamte Brandgebiet zu einer einzigen Flammenhöhle wird, wobei die zweite stärker und verheerender ist. Die erste Form wurde z.B. in Wuppertal am 29./30.5. 1943, die zweite zum ersten Mal in Hamburg Ende Juli 1943 beobachtet. Die zweite Form ist naturgemäß schwer mit Absicht zu erzeugen.

15) Dies schildert z. B. Heinar Kipphardt in seinem Drama »Der Fall Robert Oppenheimer«.

16) Vgl. Ludger Lütkehaas, Am Nullpunkt. Badische Zeitung, 6. 8. 2005

17) Geplant war ursprünglich der 4. Februar, der Tag des Konferenzbeginns, aber aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen musste der Angriff verschoben werden.

1945, März, Würzburg



1945, Rothenburg ob der Tauber



Luftwaffe, deren Einsätze LeMay auf dem europäischen Kriegsschauplatz miterlebt hatte (...)« Als einzige »Neuerung« führte die US-Luftwaffe die Napalmbombe ein, eine »Steigerung« der Brandbombe. Die US-Luftwaffe war so effektiv, dass sie in wenigen Monaten weit mehr Stadtfläche zerstörte als in Deutschland im ganzen Krieg zerstört wurde – und das ohne Hiroshima und Nagasaki. Der Angriff amerikanischer Bomber gegen Tokio am 9. März 1945 hatte z.B. einen Feuersturm erzeugt, der 80.000 bis 100.000 Opfer forderte, etwa so viele wie beim Angriff auf Hiroshima oder Nagasaki. Die »Weltöffentlichkeit« war zwar jedes Mal wieder erschrocken, aber man hatte sich an das Erschrecken gewöhnt. Zwischen der Technik des »Feuersturms« und der Technik der Atombombe liegen wissenschaftlich und technisch zwar große Schritte, moralisch gesehen war der Schritt 1945 zur Atombombe aber nur noch ein ganz kleiner.

Der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 konnte also erfolgen, nicht nur weil die technische Möglichkeit bestand, sondern vor allem auch, weil die Technik des »Feuersturms« den Einsatz der Atombombe moralisch vorbereitet hatte. *»Doch sollte man nicht übersehen, dass der Einsatz der Atombombe zwar aufgrund ihrer Effizienz eine Zäsur darstellte, in der Wirkung jedoch lediglich als Fortsetzung der »strategischen Bombardierung« mit andern Mitteln gesehen wurde und zu verstehen ist. Etwaige Hemmungen, eine große Zahl von Zivilisten in kürzester Zeit zu töten, waren bei den meisten Entscheidungsträgern spätestens in den letzten Monaten irrelevant geworden.«* (Litten in der FAZ, 7.5.2005)

Es ist durchaus nicht so, dass die technischen Möglichkeiten den Waffeneinsatz allein bestimmen. Zum Beispiel hatten sowohl Nazi-Deutschland wie die Alliierten ausreichend Giftgasvorräte, die sie nicht einsetzten. Auch andere chemische und biologische Waffen waren im Arsenal vorhanden, ohne eingesetzt zu werden. Ihr Einsatz war zwar möglich, aber nicht akzeptiert.

Mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren die USA aber in eine neue Dimension der Kriegführung eingetreten. Die US-Luftwaffe konnte jetzt mit einem einzigen Flugzeug, später mit einer einzigen Rakete eine ganze Stadt auslöschen, man entwickelte die Fähigkeit, ganze Staaten glaubwürdig mit ihrer vollständigen Vernichtung zu bedrohen.

Was hat das alles mit Dresden zu tun? Es gibt eine Debatte, die darum kreist, dass Dresden von den amerikanischen

Kriegsplanern als Ziel der ersten Atombombe ausersehen gewesen, aber dass dieser Plan nicht ausgeführt worden sei, weil die Atombombe im Februar 1945 noch nicht einsatzreif war. Die These wird u. a. von dem DDR-Historiker Weidauer vertreten, der dafür auch historische Belege anführt. Diese These wird natürlich gern von Neonazis aufgegriffen, um die Deutschen als »Opfer« darstellen zu können. Ein wichtiges Argument der These ist die Merkmalähnlichkeit von Dresden und Hiroshima: dichte Bebauung und Holzhäuser.

Ob Dresden als Ziel für eine Atombombe vorgesehen war oder nicht, erscheint in diesem Zusammenhang zweitrangig. Entscheidend ist, dass die »Aktion Donnerschlag«, wie der Angriff gegen Dresden genannt wurde, **das gleiche militärische und politische Ziel** wie die späteren zwei Atombombenabwürfe hatte: Die Stadt mit einem Angriff zu vernichten.

Dieses Schicksal macht Dresden nicht einzigartig, das teilt es mit anderen Städten. Dresden verbindet mit Hiroshima und Nagasaki noch etwas anderes. Die drei Städte wurden jeweils angegriffen, als die Regierungschefs der Westmächte mit Stalin konferierten, um sich über die Nachkriegsordnung in Europa und Asien zu unterhalten. Dresden wurde drei Tage nach dem offiziellen Abschluss der Konferenz von Jalta zerstört¹⁷⁾, Hiroshima und Nagasaki während der Potsdamer Konferenz. Ein Zusammenhang ist deutlich.

Die Aktion »Donnerschlag«, wie der Tarnname für den Angriff auf Dresden war, war schon lange vorher geplant und galt ursprünglich Berlin. Darüber hatte der Direktor der Bombenoperationen beim britischen Luftfahrtministerium, Sydney Bufton am 15.8.1944 folgendes ausgeführt: *»Es wird darauf hingewiesen, dass eine spektakuläre und handgreifliche endgültige Lektion für das deutsche Volk über die Folgen einer weltweiten Aggression **auch in der Nachkriegsperiode von dauerndem Wert sein würde.** Außerdem würde die totale Verwüstung des Zentrums einer so ungeheuer großen Stadt wie Berlin vor aller Welt ein unwiderlegliches Zeugnis für die Macht einer modernen Bomberstreitmacht abgeben. [...] Darüber hinaus würde es unseren **russischen Verbündeten** und die Neutralen von der Wirksamkeit anglo-amerikanischer Luftmacht überzeugen. Wenn alliierte Truppen in die Lage kämen, Berlin zu besetzen, oder es von neutralen Vertretern besucht wird, würde ihnen ein lange fortbestehendes Denkmal von den Wirkungen vorgeführt werden, die das strategische Bom-*

1945, März, Tokyo



1945, August, Hiroshima



»Mit deutscher Unterstützung gegen ein feindliches Russland?«

In seinem Aufsatz »Mit deutscher Unterstützung gegen ein feindliches Russland? Zum Kurswechsel der britischen Militärs im Sommer 1944« (Zeitschrift »1999«, Heft 2/1987) veröffentlicht der Historiker Bernd Greiner einige britische Dokumente aus dem Jahre 1944 sowie seine Auswertung. Er kommt dabei zu der für ihn überraschenden Feststellung, dass der Kalte Krieg nicht erst 1947, sondern bereits mitten im 2. Weltkrieg begonnen habe. Die Dokumente, die er einsah, zeigen nämlich, wie im britischen Militär und in der politischen Führung einerseits die Sowjetunion als Hauptgegner nach der vorhersehbaren Niederlage Nazi-Deutschlands andererseits Deutschland, sein Militär und seine Industrie im Kampf gegen diesen Hauptfeind als notwendiger Bündnispartner angesehen wurde.

Von einer Planungsgruppe im Kriegsministerium, zuständig für die Nachkriegszeit, wird z.B. im Juni 1944 die Sowjetunion als »der einzige potentielle Feind (neben Deutschland und Japan)« eingeschätzt (zitiert nach Greiner, S.89). Oder im Juli 1944 sind die wesentlich hochrangigeren Vereinigten Stabschefs »davon überzeugt, daß nur eine Macht den Handlungsspielraum des britischen Empire einschränkt: die UdSSR. Sie fordern deshalb ihre Planungsstäbe auf, daß alle unsere militärischen Pläne für die Nachkriegszeit von einem potentiell feindlichen Rußland ausgehen sollten.«(ebenda)

Wir drucken hier eines der von Bernd Greiner übersetzten Dokumente ab, weil es sehr deutlich zeigt, wie die britischen Kriegsplaner die Sowjetunion einschätzen und wie sie »alle Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, darauf prüfen«, inwiefern sie dieser Einschätzung Rechnung tragen. Zu »allen Maßnahmen« gehört natürlich insbesondere, wie der Krieg – und für unser Thema: der Bombenkrieg gegen das Deutsche Reich – geführt bzw. nicht geführt wird.

Dokument 1 (Vollständig übersetzt)

»Streng Geheim Stellungnahme der Generalstabschefs zur Westeuropapolitik

Brief der Generalstabschefs an Gladwyn Jebb, 27.7.1944;
F.O. 371, 40 741 A, U 6793 / G 14, Public Record Office,
Kew, London

Mit Schreiben vom 22. Juni 1944 erbat das Außenministerium unsere Stellungnahme zu dem Vorschlag, sobald eine prinzipielle Einigung über eine Weltorganisation erreicht ist, auf die Schaffung eines regionalen Sicherheitsbündnisses für Westeuropa unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs hinarbeiten.

2. Langfristig betrachtet wirft dieser Vorschlag Fragen auf, die für die zukünftige Sicherheit unseres Landes von größter Wichtigkeit sind und zu denen wir noch keine abschließende Stellungnahme abgeben können. Wenn unsere Sicherheit in der nächsten Zeit auch davon abhängt, ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern, so wird doch, auf lange Sicht der wichtigste Faktor unser Verhältnis zu Rußland sein. Es ist möglich, daß eine funktionsfähige Weltorganisation entsteht, die in der Lage ist, Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten beizulegen. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir früher oder später mit einer Interessenkollision zwischen uns und Rußland konfrontiert sein, und in dieser Situation wird die Haltung und Stärke Deutschlands zu einer Frage von entscheidender Bedeutung werden.

3. Wir sind dabei, eine weitergehende Prüfung unserer langfristigen militärischen Position in die Wege zu leiten, die einen erheblichen Einfluß auf die gegen Deutschland nach seiner Niederlage zu ergreifenden Maßnahmen haben wird. Bis dahin sehen wir vom militärischen Standpunkt große Vorteile in einer Annahme des vom Außenministerium vorgelegten Vorschlags, der auf jeden Fall ein Anfang wäre, ein starkes Bündnis westeuropäischer Nationen aufzubauen, das uns die zu unserer Verteidigung zunehmend notwendige strategische Tiefe verschafft. Daß diese Gruppierung ohne eine spätere Eingliederung ganz Deutschlands – oder zumindest eines Teils – stark genug ist oder uns ausreichenden Rückhalt bieten kann, scheint uns unwahrscheinlich, obwohl es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig ist, dazu endgültige Aussagen zu machen.

4. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir die Sowjetunion keinesfalls gegen uns aufbringen dürfen, indem wir den Eindruck erwecken, den westeuropäischen Block gegen sie aufzubauen, und daß es aus diesem Grund das unmittelbare Ziel einer westeuropäischen Gruppierung sein muß, Deutschland unter Kontrolle zu halten; doch glauben wir, daß man die entferntere, aber gefährlichere Möglichkeit einer feindlichen Sowjetunion, die sich die deutschen Ressourcen zunutze macht, nicht aus den Augen verlieren darf und daß wir alle Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, darauf prüfen sollten, ob sie dazu beitragen, zu verhindern, daß dieser Fall je eintritt. ■

bardement in diesem Krieg hervorgerufen hat und jederzeit wiederholen könnte.« (Groehler, S.339, Hervorhebung durch uns)

Die Angriffe gegen diese drei Städte sollten der Sowjetunion demonstrieren, zu was die kapitalistischen Mächte kriegstechnisch zum damaligen Zeitpunkt in der Lage waren. Dies war durchaus im Klasseninteresse des deutschen Bürgertums. Walter Weidauer (S.28) zitiert einen Artikel aus dem »Spandauer Volksblatt« vom 14.2.1965 eines Dr. Pfitzer: »Die für die Zukunft Europas entscheidende Konferenz von Jalta stand vor der Tür, auf der die Sowjets das ganze Gewicht ihrer gewaltigen Erfolge an der Ostfront in die Waagschale werfen konnten. Dem hatten die Westmächte zu diesem Zeitpunkt nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, und so, um ihre Position zu stärken, was **vermutlich auch der Position Deutschlands zugute**

gekommen wäre, hielt Churchill [...] eine eindrucksvolle Demonstration der westlichen Luftmacht für zwingend notwendig.« (Hervorhebung von uns).

Die Bombardierung Dresdens gleichzeitig mit der Konferenz von Jalta war demnach positiv für die Position Deutschlands (womit natürlich die Position der deutschen bürgerlichen Klasse gemeint ist): Was sind schon einige Zehntausend Tote gegenüber der Aussicht, nicht vom Klassenfeind, der SU, erobert zu werden! Für das Bürgertum ist der Untergang des Bürgertums als Klasse eben bereits das »Ende der Welt«.

Auch daran ist zu erkennen, dass der Klassengegensatz in der »Anti-Hitler-Koalition« die Strategie der militärischen Kriegshandlungen entscheidend beeinflusste. Der spätere »Kalte Krieg« kündigte sich hier bereits an. ■

Nicht daran rühren?



Dass der in diesem Aufsatz dargelegte Charakter des Bombenkrieges gegen die deutschen (und japanischen) Städte von westlicher Seite bisher nicht thematisiert wurde, ist verständlich. Es bleibt aber noch zu klären, warum die andere Seite der »Anti-Hitler-Koalition«, die »nichtkapitalistische und nicht imperialistische Großmacht, deren ökonomische Grundlage das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln [war], nämlich [die] SU« (A.Thalheimer, S.7) dieses Thema nicht aufgegriffen hat.

Die sowjetische Führung musste während des Krieges gegen Nazideutschland mit den imperialistischen Mächten der »Anti-Hitler-Koalition« einen Kompromiss eingehen, um nach dem Angriff der Nazi-Armeen aus der Defensive herauszukommen. Das hatte unweigerlich Zugeständnisse an die imperialistischen Interessen zur Folge. Solche Kompromisse zwischen Staaten müssen eingehalten werden, solange die Kräfteverhältnisse unverändert sind.

Allerdings waren die Kräfteverhältnisse am Ende des Krieges völlig verschieden von denen zu dem Zeitpunkt, als die SU die Koalition eingehen musste. Die SU war inzwischen militärisch ungeheuer stark geworden. Die Möglichkeit war da, die Voraussetzungen des Bündnisses neu zu bestimmen. Die Möglichkeit war auch da, die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben von Sowjetstaat und der kommunistischen Partei wiederzubeleben; diese Unterschiede waren hinter der Kampffarole vom »großen Vaterländischen Krieg« eingeebnet worden. Und es war notwendig, die während des Krieges gemachten Zugeständnisse an die imperialistischen Mächte als solche zu bezeichnen und offen zu legen. Denn die unter Stalin einsetzende Gleichsetzung der Interessen der internationalen Arbeiterklasse mit denen der Sowjetdiplomatie war langfristig zum Schaden der Sowjetunion selbst und bedeutete eine Irreführung und einen Missbrauch der internationalen Arbeiterklasse.

Es gibt materielle Gründe, warum dies alles nicht erfolgte. Stattdessen wurde vor der internationalen Arbeiterklasse die Illusion aufrecht erhalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs ein fortschrittliches Bündnis gewesen sei, an dem es festzuhalten gelte und das ein Modell für die Zukunft sei. So wurden z.B. die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz im August 1945 als »fortschrittlich« bewertet, weil sie auf der Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion fußten. Dies erfolgte ungeachtet der Tatsache, dass die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz von seiten der West-Alliierten

Havanna, den 22. 9. 1944
Heinrich Brandler in
einem Brief an Freunde
in Europa: »Kein Zweifel, dass eine ... revolutionäre Politik für die SU ein Risiko bedeuten würde. Aber im Interesse der SU liegt es, dieses Risiko auf sich zu nehmen ... weil es das einzige Mittel für die SU ist, sich aus der kapitalistisch-imperialistischen Umklammerung und seiner Isolierung zu retten ...«

Eine revolutionäre Politik, die der deutschen Revolution hilft, ist ganz im Interesse der SU, aber gegen das Interesse der stalinistischen herrschenden Bürokratie. Da nach den Riesenopfern das Bedürfnis nach Ruhe und amerikanischen Krediten – nicht nur in der stalinischen Bürokratie vorhanden sein wird, und in Amerika das Bedürfnis nach profitversprechenden Lieferungen, ist auf beiden Seiten Geneigtheit zu vorläufigen Kompromissen auf Kosten Deutschlands. Das ist kurz und roh meine Auffassung.«

»gebraucht« wurden, um Bestrebungen in der deutschen Bevölkerung in Richtung sozialistische Umwälzung ersticken zu können. Vor allem die britische herrschende Klasse unter Churchill hatte aus der Entwicklung im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg ihre politischen Schlussfolgerungen gezogen.

Während des direkt nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden »Kalten« Krieges, der seinem Wesen nach ein Krieg gegen eine sozialistische Revolution war, war es das beherrschende Motiv der sowjetischen Diplomatie und Außenpolitik, ein gutes Verhältnis zu den imperialistischen Ländern und ihren herrschenden Klassen möglichst zu erhalten. Keine der offiziellen kommunistischen Parteien – auch nicht die sowjetische selbst – war in der Lage, sich aus diesem Fahrwasser der sowjetischen Außenpolitik zu befreien und den Klassenkampf in den imperialistischen Ländern offen zu propagieren.

Die gegen die sozialistische Revolution und folglich die Sowjetunion gerichtete Zielsetzung des Bombenkrieges gegen die deutschen Städte wurde von den sozialistischen und kommunistischen Parteien demzufolge nie analysiert. Das hatte und hat immer noch zur Folge, dass reaktionäre, faschistische Strömungen in Deutschland dieses Thema in volkstümelnder Weise für ihre Propaganda besetzen können.

Dez. 2009 ■

Quellenverzeichnis:

- 1) Horst Boog, Erster und Vierter Teil von: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, Stuttgart 1990
- 2) Horst Boog, Erster Teil von: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.7, Stuttgart München 2001
- 3) Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg. Stuttgart 1978
- 4) Valentin Falin, Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition. München 1995
- 5) A.C. Grayling, Die toten Städte. München 2007
- 6) Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland. Berlin 1990
- 7) Max Hastings, Bomber Command. London 1999
- 8) Christoph Kucklick, Feuersturm. Hamburg 2003
- 9) Sven Lindquist, A History of Bombing. London 2001
- 10) August Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg, September 1945. Bremen 1950
- 11) Walter Weidauer, Inferno Dresden. Berlin (Ost) 1965

Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik



Eine erste Stellungnahme vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes zu den Entscheidungen der Sieger über den Faschismus.
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik von 1950
32 Seiten, A5, 1,50 EUR



Unter dem Pseudonym »Aldebaran« zuerst 1946 in den Westzonen veröffentlicht. Der durch das zeitweilige Bündnis verdeckte unterschiedliche Klassencharakter der Kriegsverbündeten wird wieder hervorgehoben.
27 Seiten, A5, 1,50 EUR



Der erste knappe Überblick über eine von Brandler und Thalheimer geplante Untersuchung der bis dahin fast 30 Jahre Sowjetunion. Er war in der Nachkriegsdiskussion im besetzten Deutschland dringend gefragt..
43 Seiten, A5, 1,50 EUR



Von 1945 bis 1949 schrieb Thalheimer aus dem cubanischen Exil monatlich eine Übersicht über die internationale Politik, da die Genossen in den Besatzungszonen in dieser Beziehung »in einem schwarzen Loch« lebten. Mit ausführlichen Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1992.
460 Seiten, Broschur, A5, 7,50 EUR



Beiträge zur Diskussion:
In Zusammenarbeit mit einer nicht mehr existierenden »Autonomen Nahostgruppe« im Jahr 1989 erarbeitetes Material zur Beurteilung von Zionismus und Faschismus in Deutschland.
28 Seiten, A4, 2,00 EUR



Beiträge zur Diskussion:
Serie (1988 bis 1990) aus der »Arbeiterpolitik« zu den Grundproblemen der Sowjetunion der ersten Jahre. Ergänzt um ein Nachwort vom März 1991.
72 Seiten, A4, Broschur, 4,00 EUR

»Unterstellen wir, dass es sich bei den Bombenangriffen gegen Wohngebiete seitens der britischen Kriegsführung nicht um bedauerliche Fehlentscheidungen handelte, sondern dass das Ganze einen Sinn haben sollte.

Wem konnte diese Kriegsführung nutzen, wem konnte sie (neben der deutschen Zivilbevölkerung) schaden?

Schaden konnte diese Kriegsführung vor allem der Sowjetunion. Für Großbritannien war es sinnvoll, der Sowjetunion keine entscheidenden Hilfsdienste zu leisten, da es im britischen Interesse lag, dass die Rote Armee, die Armee ihres sozialistischen Todfeindes, sich im Kampf mit der Nazi-Wehrmacht verbrauchte und nicht zu schnell nach Mitteleuropa vorrückte.

Dieses Interesse drückte sich im eigenartigen Doppelcharakter des britischen Bombenkrieges gegen die deutschen Städte aus: Maximale Vernichtungswirkung, was die Wohngebiete anging, und minimale Zerstörung, was kriegswichtige Anlagen und Infrastruktur betraf...«